

Vier neue Spielhöhlen an einem Tag „Kleines Glücksspiel“: Der Weg ins Unglück

Seite 9



Noch begleitet Spaziergänger und Radfahrer auf ihrem Weg neben der Mur das Rauschen des Flusses. Noch stehen tausende Schatten spendende Bäume am Murofer. Noch ist das Murein Erholungsgebiet. Noch beugt das Flußbett Überschwemmungen vor. Die von der EStAG geplante Staustufe Puntigam würde all dem ein Ende setzen.

Mit mehr als 12.000 gesammelten Unterschriften für eine Volksbefragung zum Thema hat „Rettet die Mur“ aber schon vorgebaut. Sollte die Umweltbehörde trotz der katastrophalen Bewertung doch noch grünes Licht für den Bau der Staustufe Puntigam geben, kommt es zur Bürgerbefragung.

www.rainerpossert.at

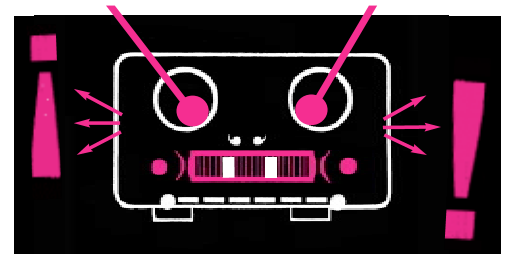
Herzliche
Einladung zum

Elke Kahr. KPO

volks_{haus}**fest**
2012

Samstag **8.9.2012**
ab 15 Uhr

Die Jazzbanditen • Brummi & Brummi
Düzzgün Celebi & Patrick Wurzwallner • The Uptown Monotones
dramagraz • DruckZeug
The Runes • Rosetti Sisters – Melodien für Millionen





ZITIERT

„Er hat Euch nie belogen!“ FPÖ-Werbung für Jörg Haider, jetzt aus dem Verkehr gezogen

„Die Privatbanken haben sich längst in riesige Wettbuden verwandelt, die die wichtigsten Aufgaben einer Bank nur noch am Rande wahrnehmen. Für Wettbuden sollte der Staat nicht haften.“ Sahra Wagenknecht, EU-Abgeordnete

„Tatsächlich aber sorgen die Bau- und Planungsämter der Landeshauptstadt seit Jahren immer wieder für eine schiefe Optik am Rande der Korruption.“ Bernd Hecke, Kleine Zeitung, 2.8. 2012

„Wenn diese sogenannte Reformpolitik mit dieser Brutalität so weitergezogen wird, bedeutet das am Ende die Zerstörung eines Landes.“ Kurt Flecker, Landesrat a.D.

„Der Euro ist kein Integrationsprojekt, sondern er spaltet Europa.“ Felix Zulauf, Finanzexperte.

EU-Topverdiener

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank: Jahresgehalt 370.000 Euro brutto plus Zulagen.

José Manuel Barroso, EU-Kommissionspräsident: Jahresgehalt 304.000 Euro brutto plus Zulagen.

Klaus Regling, **ESM-Direktor**: Jahresgehalt 324.000 Euro brutto plus Zulagen.

AUS DEM INHALT

Geschäfte mit der Wohnungsnot..... 4
 Korruptes Österreich..... 5
 2 Mal Nein ist einmal Ja 5
 Sozialpass kommt. Endlich!..... 6
 Teuerung und Lohnverlust..... 6/7
 Spielhöllen in Graz 8
 8.000 Euro für eigenen Saal 9
 Aus den Stadtbezirken..... 11-13
 Privatisierung bei Gesundheit 14
 SV Straßgang vorgestellt..... 16
 Volkshausfest vor 50 Jahren 17
 Mythos Wasserkraft 18
 Erdäpfel Einfach Essen 19
 Veranstaltungen des KPÖ-Bildungsvereins 20/21
 Leserbrief // Impressum 22/23
 Programm VolksHAUSfest 24

STADTBLATT-SERVICE ZUR EU-KRISE: OBEN PRASSEN – Die Schulden streichen! De n

ESM, Fiskalpakt, Rettungsschirm, Brandschutzmauer, Bankenunion, Stabilitäts-pakt, Feuerkraft: Fast jeden Tag gibt es in der EU-Krise ein neues Wort. Den Herrschenden ist egal, dass man dieses Kauderwelsch nicht versteht.

Worum geht es in Wirklichkeit? In allen EU-Ländern wird der Sozialstaat abgebaut, um Schulden zu bedienen. Die Gewinne der Banken und Geldjongleure werden gesichert. Die Summen, um die es geht, werden immer größer – wie bei einem Pyramidenspiel.

Dabei stören die Parlamente und die Verfassungen der Mitgliedsstaaten. Deshalb sollen die lästigen Parlamente entmachtet und die EU zu einem Zentralstaat umgebaut werden. Wie auf Kommando ist diese Idee fast gleichzeitig in den Reden von Politikern in Deutschland oder Österreich aufgetaucht. Auch Landeshauptmann Voves beteiligt sich an dieser Meinungsmache.

Was dahinter steckt: Fiskalpakt

Der Fiskalpakt entmündigt die Nationalstaaten und die Parlamente in der Wirtschaftspolitik. Der Sozialabbau wird vorgeschrieben. Es gibt

- Ständige Einmischungsmög-



lichkeit der EU-Kommission in Österreich

- Wirtschaftspolitik wird unter Kuratel gestellt
- Zwangsverwaltung wie bei Griechenland droht
- Es gibt keine Ausstiegsklausel. Österreich ist auf ewig an diesen Pakt gebunden.

Diesen Pakt haben SPÖ und ÖVP beschlossen. Die KPÖ fordert eine Volksabstimmung über ESM und ESE.

ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus)

Der ESM ist ein „Rettungsschirm“ für die großen Finanz- und Industriekonzerne. Die Staaten müssen riesige Milliardenbeträge zur Verfügung stellen.

700 Milliarden müssen von den EU-Staaten direkt einbezahlt (80 Milliarden) oder in Form von „jederzeit abrufbarem“ Kapital (620 Milliarden) bereitgestellt werden. Der Gouverneursrat kann eigenmächtig eine Erhöhung des Stammkapitals be-

schließen – und von den EU-Staaten innerhalb weniger Tage einziehen.

Die Parlamente haben keine Mitentscheidung. Abgestimmt wird wie bei einer Aktiengesellschaft nach dem eingezahlten Grundkapital. Nur die deutsche und französische Regierung verfügen bei Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit (80% des Grundkapitals) über eine „Sperrminorität“, alle anderen können überstimmt werden.

SPÖ, ÖVP und Grüne haben diesem Pakt im Parlament zugestimmt.

Euro-Rettung ?

Statt der Euro-Rettung sehen wir fallende Dominosteine

- 2010: Griechenland
- 2011: Irland, Portugal
- 2012: Spanien, Zypern, Italien?, Slowenien?

Tausende Millionen Euro sind verschwendet worden, damit die Banken nicht wanken. Dafür hat man Löhne und Pen-

UNTEN KÜRZEN

Menschen helfen!

dass sich die EU im Laufe der nächsten Jahre vom Euro verabschiedet. Die finnische Regierung hat bekannt gegeben, dass sie sich auf den Euro-Austritt Griechenlands vorbereitet. Nur bei uns wird der Euro von SPÖ und ÖVP noch heilig gesprochen.

Die Schulden streichen

Das fordert die KPÖ: Schulden streichen, Besteuerung der Superreichen.

Weshalb soll der Normalbürger für Schulden bluten, die darauf zurückgehen, dass Steuergeld für Gaunerbanken verpulvert wurde? **Der Sozialstaat ist das Vermögen der kleinen Leute. Wenn er zerschlagen wird, dann ist das Enteignung.**

Eine Rettung des Sozialstaats und der Sparguthaben der kleinen Leute – das ist nur möglich, wenn in der Gesellschaft nicht der Profit, sondern der Mensch im Vordergrund steht.

Ein Stopp der Teuerung, des Lohnraubs und des Sozialabbaus und die Streichung der Schulden ist aber nur durch antikapitalistischen Widerstand gegen den Superstaat EU möglich – selbst wenn dafür der Austritt Österreichs aus der EU notwendig ist.

**STEUERFREIE ZULAGEN:
Kein Sparen bei
EU-Behörden**

Die rund 45.000 EU-Beamten haben Grundgehälter zwischen 2.600 und mehr als 18.000 Euro. Dazu kommen Zulagen:

- eine Auslandszulage von 16 Prozent; Spitzenverdiener bekommen so rund 3.000 Euro extra – steuerfrei.
- eine einkommensabhängige, steuerfreie Haushaltszulage von mindestens 201 Euro
- eine steuerfreie Kinderzulage von rund 660 Euro.
- Zulagen für Schul- bzw. Studiengebühren der Kinder von bis zu rund 440 Euro, bei weit entfernten Bildungsstätten bis zu rund 880 Euro – ebenfalls steuerfrei.

Insgesamt kosten die EU-Beamten heuer 5,8 Milliarden Euro – nur für den Verwaltungsapparat der EU-Kommission. Die Kosten für andere EU-Organen sind in dieser Summe nicht enthalten.



„Die Maßnahmen der EU treffen uns direkt – auch in Graz. Der »Stabilitätspakt« macht positive soziale Maßnahmen fast unmöglich.

Neue Kürzungen stehen bevor. Zuerst im Land und nach der Gemeinderatswahl auch in Graz.“

Elke Kahr, Stadträtin der KPÖ.

Elke Kahr. KPÖ



Wohnungsstadträtin Elke Kahr

MEINUNG**Euro, Schilling, Krone**

Liebe Grazerin! Lieber Grazer!

Wer heute ein sehr hohes Alter erreicht hat, der hat viele Währungen erlebt: Die Krone, den alten Schilling, die Reichsmark, wieder den Schilling und schließlich den Euro. Einmal war das Geld viel wert, dann wieder wenig. Und die Reichen haben es immer wieder so gedreht, dass die Mehrheit der Bevölkerung – in allen Währungen – für das zahlen musste, was sie angerichtet haben.

Genauso ist das mit dem Euro: Er ist ein Kunstprodukt, der den EU-Konzernen im Konkurrenzkampf mit den USA dienen, den EU-Superstaat erzwingen und durch die Kriterien, die mit ihm zusammenhängen, den Sozialstaat zurückdrängen soll. Über die Gefahren, die mit dieser Währung verbunden sind, hat man den Leuten seinerzeit nicht aufgeklärt –

und die Regierungen haben sie wahrscheinlich unterschätzt.

In der Krise sind genau diese Gefahren aber sichtbar geworden. Der Euro macht uns alle ärmer. Weil Deutschland auf diese Währung – noch – nicht verzichten will, müssen alle Staaten Riesenschulden aufnehmen.

Werden wir deshalb in ein paar Jahren mit einer anderen Währung zahlen? Das kann niemand mit Bestimmtheit sagen. Wir sollten aber den alten Leuten sehr genau zuhören, wenn sie davon erzählen, wie ihre Ersparnisse damals verschwunden sind, wenn die Wirtschaftskapitäne wieder ein neues Unheil angerichtet haben.

Ihre KPÖ-Stadträtin
Elke Kahr
Tel. 0316 / 872 / 20 60

**KLEIN, aber MIT BISS**

Die Superreichen lassen ihre Puppen tanzen. Diese werden Politiker genannt.

DAS GESCHÄFT MIT DER WOHNUNGSNOT

Notunterkünfte auf Hotelpreisniveau

In „Beherbergungsbetrieben“ werden mit der Wohnungsnot Geschäfte gemacht. Wuchermieten, undurchschaubare Zusatzkosten und fehlende rechtliche Absicherung sind die Zutaten des „Beherbergungs“-Gewerbes.

Herr M.* ist froh: Vor einem Monat ist er aus einem sogenannten „Gästehaus“ aus- und in eine Gemeindewohnung eingezogen. „Endlich bleibt mir wieder Geld zum Leben“, sagt er erleichtert.

Was Herr M. erzählt, macht betroffen. Für ein Zimmer mit Couch, Tisch und zwei Sesseln – WC und Dusche am Gang –, hat er 300 Euro Monatsmiete zahlen müssen. Dazu kamen zwischen 40 und 90 Euro für Strom und 40 Euro für die Heizung. Herr M. hat die hohen Preise geschluckt, weil er ein Dach über dem Kopf brauchte.

Sollten Sie Fragen zum Thema Wohnen in Graz haben, wenden Sie sich bitte an das Büro von Stadträtin Elke Kahr (Rathaus, 2. Stock, Zi. 235, Tel. 0316 / 872-2060) oder an die städtische Wohnungsinformationsstelle (Schillerplatz 4, Tel. 0316 / 872-5450).

Schloss ausgetauscht

„Die Miete war bar zu bezahlen, am Monatsanfang. Einmal habe ich nicht sofort gezahlt, weil mein Geld nicht rechtzeitig am Konto war. Als ich am nächsten Tag nach Hause gekommen bin, war das Schloss an meiner Zimmertüre einfach ausgetauscht“, erinnert sich Herr M. mit Schrecken. Erst als er das Geld aufgetrieben hatte, konnte er wieder in seine Unterkunft zurück.

Im „Mietvertrag“ von Herrn M. steht: „...Eine sofortige Auflösung kann von Seiten des Beherbergungsbetriebes bei nicht bestimmungsgemäßem oder nachteiligem Gebrauch, Überbelegung, Rückständen und Verstößen gegen die Hausordnung vorgenommen werden.“

Hotelservice?

Beherbergungsbetriebe werden wie Hotels eingestuft. Daher gilt für sie weder das Mietrecht noch gibt es gesetzliche Höchstgrenzen für die Miete. „In Hotels



foto: silvArt

Schöbigen Quartier, hoher Preis: So wird mit der Wohnungsnot abkassiert.

ist ein gewisses Service, wie Wäsche, Zimmerreinigung etc., Teil der Leistung. Das rechtfertigt höhere Zimmerpreise. Doch bei den Beherbergungsbetrieben, die wir uns angeschaut haben, ist das nicht der Fall“, macht Mag. Alfred Strutzenberger, Mitarbeiter im Büro von Stadträtin Elke Kahr, klar „Und das, obwohl wie bei regulären Mietverträgen eine Vertragserrichtungsgebühr eingehoben wird.“ Seit Jahren werden hier mit der Wohnungsnot Geschäfte gemacht.

Betroffene haben Chancen, das Verfahren zu gewinnen, wenn sie bei Gericht einen „Antrag auf Anerkennung als Haupt-

mieter“ stellen“, sagt Strutzenberger. „Aber gerade weil es für Menschen in solchen ‚Notunterkünften‘ keine rechtliche Absicherung gibt, getrauen sie sich nicht, gegen ihre ungerechte Behandlung vorzugehen.“ „Du kannst es schon probieren“, soll Herrn M.s „Vermieter“ gesagt haben. „Aber wenn du das tust, stehst du morgen auf der Straße.“

Konzession aberkennen

„Dass die Wohnungseinstiegskosten für viele Wohnungssuchende zu hoch sind, spielt solchen Betrieben in die Hände“, bedauert Stadträtin Elke Kahr. Die KPÖ tritt daher für eine weitere Senkung der Maklergebühren bei Mietwohnungen und höhere Landesförderungen für die Schaffung von mehr leistbaren Wohnungen ein. „Wir fordern aber auch, dass Beherbergungsbetrieben, die kein Hotelservice, sondern nur überteuerte und unsichere Dauermietverhältnisse anbieten, die Konzession aberkannt wird“, so Kahr.

Mieter-Notruf

Elke Kahr. KPÖ

Tel. 0316 **71 71 08**

**Beratung und Hilfe in allen Wohnungsangelegenheiten.
Mit KPÖ-Wohnungstadträtin Elke Kahr**

Wir überprüfen Mietverträge und Betriebskostenabrechnungen sowie die Rechtmäßigkeit und Höhe von Provisionen, wir beraten bei Schikanen durch Vermieter, Kündigungen und Räumungsklagen. Wir helfen, wenn es Probleme bei der Kautionsrückzahlung gibt, aber auch bei anderen Fragen rund ums Thema Wohnen.

Montag – Donnerstag bis 22.00 Uhr, an Wochenenden von 10.00 – 20.00 Uhr.

RAT UND HILFE

Mieterschutzverband

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30

www.mieterschutzverband.at

KOMPE滕Z IN MIETERSCHUTZ

Neue Gemeindewohnungen: 2013 Übergabe



foto: silvArt

Im Bezirk Lend entsteht ein besonderer Wohnbau der Stadt Graz. Anlässlich der Fertigstellung des Rohbaus des Projektes „Wohnbau Anders“ in der Floßlendstraße 13-15/ Zeillergasse wurde vor kurzem zur Gleichfeier geladen. Die Anlage wird von der ENW Gemeinnützige Wohnungsges. m.b.H. mit Förderungsmitteln des Landes Steiermark auf Basis einer von Stadträtin Elke Kahr und dem Wohnungsamt in Auftrag gegebene Studie, in der die Anforderungen an einen modernen sozialen Wohnbau erarbeitet wurden, errichtet. **Architektin DI Elisabeth Lechner plante 43 barrierefreie Wohnungen** mit Gemeinschaftsraum, Photovoltaikanlage, Solartankstelle, Tiefgarage sowie einen Quartierspark.

IN ÖSTERREICH GEHÖREN SCHMIERGELDER ZUM ALLTAG Korruption: Nehmer und Geber

Jeden Tag ein neuer Korruptionsfall: Fast immer werden die Namen von Politikern und Beamten genannt.

Dabei geht Folgendes unter: Wo es Nehmer gibt, müssen auch Geber da sein. Und das Ziel von Bestechungen und Korruption ist die Durchsetzung der Profitinteressen von Konzernen und Bauunternehmen. Der Korruptionssumpf umfasst alle Regierungsparteien und hoch angesehene Firmen.

Einige Beispiele:

- BAWAG-Skandal: SPÖ
- Hypo Alpe-Adria: FP, ÖVP
- Bundeswohnungen: FP, ÖVP
- Telekom: FP, ÖVP, SPÖ

- Inseratenaffäre in Kärnten und im Bund: SPÖ

Hunderte Millionen Euro sind dabei geflossen, um private Interessen durchzusetzen und Politiker gewogen zu stimmen. Illegale Parteienfinanzierung ist an der Tagesordnung. Die größten Skandale sind nur durch Zufall aufgefliegen.

Beispiel BIWOG: Ohne die Pleite der Kommunalkreditbank wäre der Provisionsgeldfluss zu Walter Meischberger über Zypern nie bekannt geworden. **Beispiel Kärnten:** Ohne das Geständnis des Sachverständigen Birnbacher würde man die Parteienfinanzierung heute noch leugnen.

Die schönen Reden über Sauberkeit in der Politik halten nur



Nicht alles was schmiert, ist schlecht bis zum nächsten Korruptionsfall.

Und die KPÖ?

Während sich Politiker und Banken gegenseitig hohe Summen zuschieben, bemüht sich die KPÖ darum, dass Eigentum in öffentlicher Hand bleibt. Politiker sollen nicht mehr verdienen, als durchschnittliche Arbeitseinkommen ausmachen.

ERFOLG FÜR GRAZ



Reininghaus-Deal und „Umweltzone“ verhindert

Die Bürgerumfrage zu den Themen Reininghausgründe und Umweltzone konnte die verhängnisvollen Pläne von Bürgermeister Nagl erfolgreich verhindern. Mit ihrer Berichterstattung im Grazer Stadtblatt hat die KPÖ dazu beigetragen, dass die Projekte von jeweils ca. zwei Drittel der Teilnehmer/innen an der Umfrage abgelehnt wurden.

Vor der Abstimmung hatte die KPÖ immer wieder darauf hingewiesen, welches Risiko der Ankauf der Reininghausgründe für die Stadt Graz für eine soziale Stadtentwicklung in allen Grazer Stadtteilen bedeutet hätte. Offenbar hat sich die Grazer Bevölkerung nicht von mehrseitigen Werbekampagnen für die Reininghausgründe täuschen lassen und erkannt, dass der Gewinn bei diesem Deal aufseiten der jetzigen Eigentümer und der finanzierenden Banken gewesen wäre. Das ist eine schwere Niederlage für die ÖVP.

Die Umweltzone sieht die KPÖ deshalb als unsoziale Maßnahme, weil sie vor allem finanziell Schwächere benachteiligt.

„Wir bedanken uns bei Grazerinnen und Grazern, die mit dem zweifachen »Nein« bei dieser Befragung »Ja« zu einem sozialen Graz gesagt haben“, sagte Stadträtin Elke Kahr.

NACH 15 JAHREN ALS „GRAZ-CARD“ VERWIRKLICHT

Sozialpass kommt im Oktober

Eine Karte – viele Erleichterungen für Menschen mit geringem Einkommen. Vor 15 Jahren von Elke Kahr gefordert, wird der Sozialpass als „Graz-Card“ jetzt Wirklichkeit. Jahrelang hat sich die KPÖ dafür eingesetzt.



„Soziales darf nicht untergehen! Plakatpräsentation mit Claudia Klimt-Weithaler, Elke Kahr, Ernest Kaltenecker

Der im Jänner auf Initiative der KPÖ eingerichtete Sozialpassausschuss hat die Bedingungen ausverhandelt. „Die Ermäßigungen bei den Tarifen für den öffentlichen Verkehr waren ein Hauptpunkt der Forderungen der KPÖ“, sagt **Gemeinderätin**



Uli Taberhofer, die die KPÖ in diesem Ausschuss vertreten hat. Erfreulich ist, dass im Sommer eine Einigung mit den Graz Linien erzielt wurde: Für Menschen, die mit weniger als 902,15 Euro im Monat auskommen müssen,

soll es die Jahreskarte künftig um € 50,- geben. Wer knapp darüber liegt, soll sie ebenfalls stark ermäßigt bekommen.

Einer für alles

Schulstartgeld, Weihnachtsbeihilfe, Brennstoffaktion, Preisermäßigungen im Kultur- und Sportbereich: Dafür genügt demnächst die Vorlage des Sozialpasses. Die einmalige Überprüfung der Anspruchsberechtigung ersetzt langwierige Amtswegen. Das

macht es für Berechtigte leichter, in den Genuss ihnen zustehender Leistungen zu kommen.

„Graz-Card“ wird der Sozialpass voraussichtlich heißen, über eine Ausweitung der Leistungen – z.B. Ermäßigungen bei den Bädertarifen – wird noch verhandelt.

„Die allgemeine Freude darüber, dass der Sozialpass jetzt vor der Verwirklichung steht, zeigt, dass die Ideen der KPÖ nicht die schlechtesten sind“,

sagte Stadträtin Elke Kahr. „Vor 15 Jahren stießen die Ideen der Grazer KPÖ zum Sozialpass bei den anderen Parteien kaum auf Zustimmung“, erinnert sich die Wohnungsstadträtin. „Dass er nun endlich verwirklicht wird, beweist einmal mehr: Beharrlichkeit zahlt sich aus.“

Jetzt muss gesichert werden, dass der Sozialpass zu einem Fixpunkt in unserer Stadt wird. Denn: Soziales darf nicht untergehen!

Teuerung: Wohnen macht arm

Fast 4.000 Grazerinnen und Grazer haben sich mit ihrer Unterschrift bereits für einen Tarif- und Gebührenstopp eingesetzt. Elke Kahr: „Es ist wichtig, dass wir nicht alles hinnehmen, was uns vorgesetzt wird.“

„Die Leute haben nichts davon, dass Computer oder Fernreisen billiger werden, wenn sie immer mehr für Lebensmittel, das Wohnen oder für Energie zahlen müssen.“

Wohnungsmieten sind in-

nerhalb eines Jahres um 4,8 Prozent gestiegen.

Die Ausgaben für Wohnen sind für fast ein Drittel der Inflation verantwortlich. Überdurchschnittliche Preisanstiege hat es für Haushaltsenergie (insgesamt +4,2 Prozent; Strom +3,5 Prozent, Heizöl +6,1 Prozent, Gas +3,4 Prozent) gegeben. Die Instandhaltung von Wohnungen verteuerte sich insgesamt um 2,4 Prozent.

Weitere Preissteigerungen bei Brot, Gebäck oder bei

Fleischwaren sind bereits angekündigt worden. Elke Kahr: „Maßnahmen gegen die Teuerungswelle müssen deshalb auf der Tagesordnung bleiben. Die KPÖ tritt für die Wiedereinführung der amtlichen Preisregelung für Grundnahrungsmittel und Energie ein.“



KPÖ-Protest gegen die Teuerung

BESCHÄFTIGTE IM ÖFFENTLICHEN DIENST VERLIEREN

Null-Lohnrunde droht

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben in den letzten 10 Jahren einen Verlust an Kaufkraft hinnehmen müssen. Wie alle Arbeitnehmer sind sie von den Sparmaßnahmen des sogenannten „Konsolidierungspakets“ betroffen. Nun droht ihnen mit der von SPÖ und ÖVP beschlossenen Nulllohnrunde ein neuerlicher, massiver Reallohnverlust.

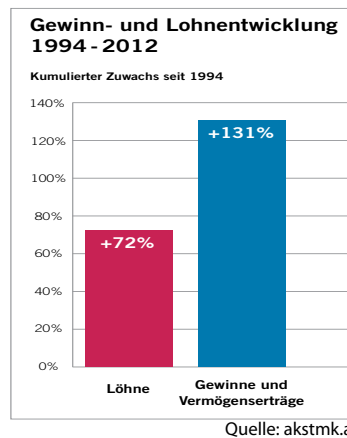


Personalvertreter im öffentlichen Dienst (Dieter Kaltenbeck - li., Christian Sikora - re.) versuchen eine Null-Lohnrunde zu verhindern.

Gewerkschafter/innen. „Dass die FCG-FSG Führung auf die Lohnerhöhung der von ihr zu vertretenden Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen verzichtet hat, ist schlichtweg unverständlich“, kritisiert Christian Sikora, GLB-Personalvertreter der Justizwache in Graz. Der Verzicht auf die Inflationsabgeltung bedeutet für die Betroffenen einen lebenslangen Einkommensverlust.

Ein heute 55-jähriger nach dem VBG bezahlter Vertragsbediensteter in der Entlohnungsgruppe v3 mit 37 Dienstjahren verliert bei einer angenommenen Inflation von 2,1 % mehr als 6.500 Euro Lebensarbeitseinkommen.

„Vor allem für die Beschäftigten in den Niedriglohngruppen wird der Einkommensverlust mangelnde Kaufkraft und sinkende Lebensqualität zur Folge haben“ meint Dieter Kaltenbeck, Unabhängiger Gewerkschafter und Betriebsrat an der Universität Graz. Er fordert von seiner Gewerkschaft Lohnverhandlungen mit dem Ziel „volle Inflationsabgeltung + Anteil am Produktivitätszuwachs mit 1.1.2013.“ Eine Forderung, die von vielen Betriebsräten und Personalvertretern geteilt wird.



Seit 1995 ist die Produktivität der unselbstständig Beschäftigten gestiegen. Daran haben auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst (Beamte, Vertragsbedienstete, Angestellte in den ausgliederten Betrieben und öffentlichen Anstalten) ihren Anteil. Dennoch sollen sie 2013 keine Gehaltserhöhung bekommen.

Entschiedene Ablehnung für dieses Sonderopfer für die öffentlich Bediensteten kommt vom GLB und den Unabhängigen



MEINUNG



Von Kurt Luttenberger, Arbeiterkammerrat des GLB

Sparen bei Invaliden?

Die aktuell angekündigte gesetzliche Veränderung bei der sogenannten „I-Pension“ (Invaliditätspension) birgt ihre Tücken. Nach den Vorstellungen der österreichischen Sozialpolitik darf man künftig erst ab Erreichen des 50. Lebensjahres in die I-Pension gehen. Davor ist – zynisch vermerkt – Krankheit oder Ausgepowertsein verboten.

Es spießt sich meines Erachtens an zwei Dingen:

1. Wo sind danach die geeigneten Arbeitsplätze für die betroffenen Menschen – mit ausreichendem Einkommen?? Es ist weit und breit nicht zu erkennen, dass die (noch immer florierende) Wirtschaft, die vielen Mittel- und Großunternehmen, aber auch Ämter oder Behörden hier ihrer Verantwortung dafür auch wirklich nachkommen werden.
2. Konkret finanziert wird die „I-Pension – Neu“ über das AMS, die bedarfsorientierte Mindestsicherung und über die Gebietskrankenkassen. Die von Sozialminister Hundstorfer angekündigten 800 Millionen Euro an Einsparungen werden sicher nicht dazu dienen, Erleichterungen für Betroffene zu schaffen.

Der Großteil der genannten Summe wird wohl wieder einmal ohne Auflagen Banken und Spekulanten zur lustigen Geldvernichtung im Namen von Budgetkonsolidierung und EU-Hilfe überantwortet werden,

meint

Kurt Luttenberger, AK-Rat, GLB-Steiermark

TATORT Arbeitsplatz



Beratung in Fragen von ARBEIT und BERUF

Termine unter Tel. **0660 / 1426 080**
E-Mail: glb@glb-steiermark.at • <http://www.glb-steiermark.at/>

GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK 
STEIERMARK IM OGB

Fußballzentrum Weinzödl: Mieten statt Kaufen!

Wenn es nach ÖVP und FPÖ geht, soll die Stadt 1,6 Millionen Euro an eine „Investorengruppe“ zahlen und das Trainingszentrum Weinzödl übernehmen.

Trainingszentrums durch die Stadt gefordert. Damals hat man das abgelehnt. Die Stadt Graz hat seither bereits sehr viel Geld im Zusammenhang mit dem Trainingszentrum verloren.

Hier geht es in Wirklichkeit nicht um den Sport, sondern darum, privaten Investoren mit Steuergeldern aus der Patsche zu helfen.

Elke Kahr: „Die 1,6 Millionen Euro für Weinzödl müssen ja irgendwo herkommen. Hoffentlich fehlen sie nicht bei wichtigen sozialen Anliegen der Stadt Graz.“

Sinnvoller wäre die Übernahme der Mieten beim Trainingszentrum durch die Holding Graz und die Untervermietung an Sportvereine.

Die KPÖ hat schon beim ersten Konkursverfahren des GAK die Übernahme des

Pflege: Abkassieren bei Angehörigen

„Vergleich“ NICHT unterschreiben!



Seit dem Vorjahr gibt es in der Steiermark als einzigem Bundesland in Österreich wieder eine Kostenrückforderung (Regress) für Angehörige von Pflegeheimbewohnern und Mindestsicherungsbeziehern – wieder eingeführt von SPÖ und ÖVP.

einem Nettoeinkommen von 1500 Euro verlangt, wobei bei der Berechnung das Urlaubs- und Weihnachtsgeld mit einbezogen werden (gerechnet wird also Nettoeinkommen mal 14 dividiert durch 12). Das bedeutet, dass bereits ab einem Monatseinkommen von € 1286,- Rückersatz verlangt wird. Dabei zahlen Eltern zwischen 9 % und 15 % und Kinder zwischen 4 % und 10 % von ihren Nettoeinkünften – nach Einkommenshöhe gestaffelt.

Ungleichbehandlung

Weder Gesetz noch Durchführungsverordnung sehen eine jährliche Valorisierung vor. Abgesehen davon wird auch keinerlei Rücksicht auf Unterhaltspflichten von Rückzahlungspflichtigen genommen. Das bedeutet, dass ein Ehepaar, bei dem sowohl die Frau als auch der Mann € 1400,- an Pension beziehen, also

Regress heißt: Eltern und Kinder von Menschen, die im Pflegeheim leben und deren Pension und Pflegegeld für die Heimkosten nicht ausreichen oder von Menschen, die eine Mindestsicherung (früher Sozialhilfe) beziehen, werden vom Magistrat Graz aufgefordert, für ihre Angehörigen einen sogenannten „Rückersatz“ zu leisten.

Zahlen schon ab 1.286 Euro Einkommen

Dieser Rückersatz wird ab



© Herby (Herbert) Me - Fotolia.com

Vielen älteren Menschen geht es nicht so gut. Die überhöhten Kosten für ihre Pflege werden bei ihren Kindern abkassiert.

ein Gesamteinkommen von € 2800,- haben, keinen Rückersatz für ihre Tochter bezahlen muss, wenn diese Mindestsicherung bezieht. Ein Mann, der € 1500,- an Pension bezieht und für seine Ehefrau, die kein eigenes Einkommen hat, unterhaltspflichtig ist, zahlt dagegen sehr wohl, und zwar € 135,- pro Monat.

Auch wenn jemand Unterhaltspflichten gegenüber Kindern hat, vermindern diese die Rückersatzpflicht für die Pflegeheimkosten seiner Mutter nicht.

scheid – denn nur gegen einen Bescheid ist das Rechtsmittel der Berufung und in weiterer Folge eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof möglich! Es gibt derzeit einige Betroffene, die sich gegen diese Ungleichbehandlung wehren und sowohl Berufungen als auch Beschwerden an den Verfassungsgerichtshof einbringen. Informationen darüber und die Vermittlung von Kontakten mit anderen Betroffenen erhalten Sie bei:

Bescheid verlangen!

Die Behörden schicken nun teilweise Briefe an die Rückersatzpflichtigen aus und fordern diese auf, einen beiliegenden Vergleich zu unterschreiben. **ACHTUNG: Unterschreiben Sie keinen Vergleich, bestehen Sie auf einem schriftlichen Be-**



DSA Karin Gruber
Herrengasse 16, 8010 Graz
Tel. 0316 / 877 - 5101, E-Mail:
karin.gruber@stmk.gv.at

REGRESS IN DER STEIERMARK

Die Praxis, soziale Hilfgelder bei den Angehörigen der Empfänger „zurückzuholen“ wurde seit dem vorigen Jahrhundert in der Steiermark – im Gegensatz zu anderen Bundesländern – ausgeübt. Knapp vor der letzten Landtagswahl 2010 wurde er abgeschafft um nach der

Wahl als „Sparmaßnahme“ fröhliche Urständ zu feiern. Namhafte Rechtswissenschaftler bezweifeln allerdings die Rechtmäßigkeit der Vorgangsweise des Landes und kämpfen darum, dass abkassierte Bürger das Geld zurückbekommen.

10 Jahre „Initiative für Menschen im Wachkoma“

WACHKOMA & BEWUSSTSEIN

Neue Erkenntnisse

Festveranstaltung
in der Aula der
Karl Franzens-Universität

Vorträge zu
Wissenschaft und Pflege
Podiumsdiskussion
9-17 Uhr
Eintritt frei



21. SEPTEMBER 2012

GRAZ, UNIVERSITÄTSPLATZ 3/1

Auch die Eltern (oder Kinder) von Menschen im Wachkoma sind von den unverschämten Regressforderungen des Landes betroffen



Stopp Kleines Glücksspiel Bürgerinitiative

Das kleine Glücksspiel: Der Weg ins Unglück!

Die Bürgerinitiative www.stop-kleines-gluecksspiel.at fordert die Abschaffung des kleinen Glücksspiels in Österreich.

In Österreich gibt es laut Schätzungen über 300.000 Spielsüchtige. Seit vielen Jahren werden die Landesverordnungen, in denen das sogenannte kleine Glücksspiel geregelt ist, umgangen. Spieler können in einer Stunde tausende Euro verzoeken. Das hat nichts mehr mit „kleinem Glücksspiel“ zu tun. Das ist organisierte Abzocke.

Politiker bzw. Parteien, die dafür verantwortlich sind, stehen oft in einem Naheverhältnis zur Novomatic AG (Admiral, HTM GesmbH, usw). Ich fordere die Bundesparteien sowie die Landesorganisationen der ÖVP und der SPÖ auf, ihre direkten und indirekten Spenden von Novomatic der letzten 20 Jahre offen zu legen. Der Bürger hat ein Recht darauf zu erfahren, wie viele Millionen da geflossen sind. Die ÖVP und die SPÖ sollten einmal über die Bedeutung von Christ- bzw. Sozialdemokratie nachdenken. Gewählte Mandatare und Funktionäre sind dazu da, dem Volk zu dienen und nicht einzelnen Großkonzernen, die dann noch ihre

Gesetze selber schreiben. Auch muss endlich ein eigener Untersuchungsausschuss zur Causa Novomatic im Parlament eingesetzt werden. Die Justiz hat diesbezüglich bis heute kläglich versagt. Das Weisungsrecht des Justizministers sollte dem Parlament übertragen werden.

Das neue Glücksspielgesetz, das 2010 beschlossen wurde, ist das Papier nicht wert auf dem es geschrieben steht. Dieses Gesetz wurde zum reinen Vorteil der Novomatic beschlossen. Spielerschutz gleich null!

Spielsüchtige können sich bei der Bürgerinitiative melden. Wir helfen Ihnen, Ihren finanziellen Verlust geltend zu machen. Spielsüchtige brauchen sich nicht zu schämen oder zu verstecken. Spielsucht ist eine Krankheit! Oft trifft der finanzielle Ruin ganze Familien. Haben Sie den Mut und wehren Sie sich endlich, nur so können wir was verändern.

**KONTAKT:
Tel. 0660 435 68 63
E-Mail: guntherwanker@live.de
guntherwanker@stop-kleines-gluecksspiel.at
www.stop-kleines-gluecksspiel.at**

Für den Inhalt dieses Artikels verantwortlich: Günther Wanker



„Keine Geschäfte mit der Spielsucht!“ Das war die Hauptlosung einer KPÖ-Aktion am Jakominiplatz. Anlass für die Kundgebung war die Verhandlung nach dem Veranstaltungsgesetz zur Genehmigung von drei Spielsalons am Jakominiplatz. An diesem Tag fanden in Graz insgesamt vier Verhandlungen zur Genehmigung solcher Spielhöhlen statt.

Elke Kahr: „Die Kritik am Glücksspiel hat bei SPÖ und ÖVP zu keinem Umdenken geführt. Das Land und der Landeshauptmann hätten die Möglichkeit gehabt zu sagen: Jetzt keine neuen

Lizenzen mehr. Das ist nicht passiert, im Gegenteil: In der Steiermark werden immer wieder neue Spielhöhlen eröffnet.“

Die künftige Beschränkung auf 1.000 Spielautomaten ist Augenauswischerei. Ab 2016 soll es die Erlaubnis für eine unbegrenzte Anzahl von sogenannten Video-Lotterie-Terminals geben, die genauso funktionieren wie Spielautomaten.

Günther Wanker, Sprecher der Bürgerinitiative gegen das kleine Glücksspiel: „Da werden Leute ruiniert. Gewinnen tun nur Novomatic, HTM und wie sie alle heißen.“



Öffi-Ermäßigungen für Senioren und Behinderte

Zwei Anträge zur Besserstellung von bestimmten Personengruppen beim öffentlichen Verkehr brachte **KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer** im Gemeinderat ein. Zum einen forderte Schloffer die Einstellung der Praxis, dass für Seniorenermäßigungen in der Stadt Graz die ÖBB-Vorteilscard Senior erworben werden muss,



auch wenn die Betroffenen gar nicht Bahn fahren. Weiters machte Gerti Schloffer darauf aufmerksam, dass die Behinderterermäßigungen in der Steiermark bei Wochen-, Monats- und Jahreskarten nicht der Gesetzeslage entsprechen und forderte eine generelle 30%ige Ermäßigung bei Zeitkarten für Menschen mit Behinderungen.

Goldene Hochzeit



Maria und Josef Hörzer aus der Floßendstraße hatten einen besonderen Grund zum Feiern. Die Hausfrau und der pensionierte kaufmännische Angestellte feierten gemeinsam mit ihren drei Kindern und vier Enkeln die 50. Wiederkehr ihres Hochzeitstages. Stadträtin Elke Kahr gratulierte dem Paar zur Goldenen Hochzeit.

Elke Kahr. **KPÖ**

was wir wirklich brauchen

AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

Wohnen: Einweisungsrecht ausweiten!

Ein dringlichen Antrag zum Thema Wohnen stellte **KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann**. Derzeit werden in Graz im Rahmen des Übertragungswohnbauprojekts gemeinsame Projekte mit Genossenschaften realisiert, für die die Stadt Graz dann das Einweisungsrecht hat.



KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann

„Dieses Modell ist sehr gut und soll auch beibehalten werden“, betont Bergmann. „Da der Bedarf

an leistbaren Wohnungen jedoch stark steigt, schlagen wir vor, dass die Stadt zusätzlich das Recht bekommt, in alle mit Wohnbaufördermitteln errichteten Wohnungen in der Stadt Einweisungen vorzunehmen, und zwar zu einem bestimmten Prozentsatz, der vom Land festgelegt werden soll.“

Schilda liegt an der Mur!

Bank vermietet der Stadt Räume um 8.190 Euro

Es war einmal eine Stadt, die erlaubte einer Sparkasse, unentgeltlich Räumlichkeiten in ihrem Rathaus zu benutzen. Eines Tages erklärten jedoch die Sparkassen-Verantwortlichen, sie hätten nun eine bessere Bleibe für ihre Geschäftstätigkeit gefunden und wollten ausziehen. Das Nutzungsrecht wollte man zwar nicht aufgeben, die Stadt dürfe ihre Räumlichkeiten aber selbst in Nutzung nehmen, allerdings nur gegen Bares, selbstverständlich!

Leider sprechen wir hier nicht von Schilda, sondern von der Stadt Graz. In der Juli-Gemeinderatssitzung wurde beschlossen, dass die Steiermärkische Sparkasse jene Räumlichkeiten im 1. Stock, die ihr von der Stadt Graz vor mehr als 100 Jahren unentgeltlich zur Nutzung zugesprochen worden waren, jetzt an die Stadt Graz rückvermieten darf. Die Rathausverantwortlichen rühmen sich, den Mietpreis von

acht auf sieben Euro pro Quadratmeter herunterverhandelt zu haben.

Um die schiefe Optik zurechtzurücken, argumentiert die Bank damit, dass die Steiermärkische der Stadt Graz Ende des 19. Jahrhunderts das Rathaus geschenkt habe. Tatsächlich hat die damalige „Gemeinde-Sparkasse“ den 1895 erfolgten Umbau großteils finanziert. Was man dabei ver-

schweigt: Damals war die „Gemeinde-Sparkasse“, die später in der Steiermärkischen Sparkasse aufgegangen ist, im Besitz der Stadt. Letztere hat sich also sozusagen „selbst beschenkt“. Heute scheinen die Grazer Politiker es wohl eher als selbstverständlich zu nehmen, wenn die Stadt sich „selbst beraubt“ – mit absurden Mietverträgen wie diesem.



1895 überließ die Stadt Graz ihrer eigenen Sparkasse Räume zur unentgeltlichen Nutzung. 2012 „darf“ die Stadt die eigenen Räume zurückmieten, um ca. 8.190 Euro im Monat, plus Betriebskosten und Heizung.



Aktuelles aus den Grazer Bezirken

INNERE STADT



Kommod-Haus: 10 Jahre Baulücke

Das Kommod-Haus wurde 2003 abgerissen. Diese Schande für die Altstadt wurde durch die Mehrheit der Stadtregierung ermöglicht. Jetzt dürfte die WEGRAZ am Ziel ihrer Wünsche sein: 2013 gibt es einen höchst umstrittenen Neubau.



KPÖ-Bezirksvorstellvertreter Fred Strutzenberger: „Ernest Kaltenecker und die KPÖ haben sich seinerzeit sehr aktiv für das Kommod-Haus eingesetzt. Es ist bedauerlich, dass im 1. Bezirk solche Bausünden noch möglich sind.“

K&Ö: Leidiges Thema Dach

Da „Kastner & Öhler“ die Stadt Graz seit Jahren wegen des Bronzedaches pflanzt, stellt KPÖ-Bezirksvorstellvertreter Alfred Strutzenberger die Frage: „Wo bleibt das Bronzedach, das Kastner & Öhler den Grazerinnen und Grazern versprochen hat?“

Andreas-Hofer- Platz

Der Andreas-Hofer-Platz wird faktisch verschwinden, sollten die Pläne der Firma Acocon verwirklicht werden. Pläne, die in erster Linie profitorientiert sind. Dabei hätte es andere Möglichkeiten gegeben: Unter anderem existiert ein interessantes, großstädtisches Projekt aus den 1930er-Jahren, das vom fortschrittlichen Architekten Herbert Eichholzer (1943 in Wien als Widerstandskämpfer gegen die Nazis hingerichtet) stammt.

LIEBENAU Südgürtel: Auflagen einhalten!

Die Bauarbeiten für den Südgürtel Graz im Bereich Puntigamer Brücke haben begonnen. **KPÖ-Liebenau-Bezirkssprecher Max Korp:** „Die KPÖ hat dem Südgürtel zugestimmt, besteht aber auf der Einhaltung aller Umweltauflagen (Umwelt-



LIEBENAU

Skatepark ohne WC

Im Oktober 2011 wurde am Grünanger der mit rund 2.000 m² bislang größte Skatepark der Steiermark eröffnet. Das Areal beinhaltet „alles, was Skaterherzen höher schlagen lässt“, heißt es auf der Homepage der Stadt Graz. „Was man auf dem Areal allerdings bis heute vergeblich sucht, ist eine öffentliche Toilette“, erinnert KPÖ-Bezirkssprecher Max Korp. **KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber** drängte den Bürgermeister, endlich Abhilfe zu schaffen.



GÖSTING

Radbrücke Gösting: Geldverschwendung und Bausünden!

Radfahrer können es nicht fassen: Für satte 740.000 (!) Euro wurde eine Radweglücke geschlossen, die kaum 100m lang ist. Dabei hätte man nur ein Stück zwischen dem nördlichen Ende der Fischeraustraße und den Zufahrtsstraßen zum neuen Baumarkt in der Wienerstraße ablösen brauchen, und auf dieser Route entlang des Mühlgangs einen Radweg markieren können! Um dieses lächerlich kurze Zwischenstück zu umgehen, hat man am steilen Murofer eine 165m lange, auf Betonstützen errichtete stählerne Längsbrücke entlang einer alten Werks-halle und eine weitere

Trasse entlang des neuen Baumarkts gebaut – für 10 Millionen Schilling in alter Rechnung. Außerdem wurde bei der Villa Kovac eine neue Holzbrücke über den Mühlgang errichtet, obwohl 15m daneben eine alte, ungenutzte Eisenbahnbrücke steht. Der neue Radweg endet bei einem überdachten Radabstellplatz beim Einkaufscenter Nord. Die schon lange versprochene Verbindung nach Gösting fehlt nach wie vor, auch über die Weinzödlstraße führt kein Radweg. Eine weitere Bausünde: Die beiden denkmalgeschützten Wachthäuschen (ehemalige Maut) bei der Einfahrt zum Baumarkt sind verschwunden.

GRIES



Anna-Cadia-Park



Ende Juni wurde in der Rankengasse der „Spielplatz für alle Generationen“ eröffnet. Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Inge Arzon freute sich, dass ihre Idee, einen Park zu schaffen, in dem Erwachsene sich mit speziellen Spielgeräten gesund und fit halten können, nun verwirklicht ist. Inge Arzon

und Gemeinderätin Mag. Uli Taberhofer haben im Bezirks- und Gemeinderat den Antrag gestellt, den Park nach Anna Cadia, Sozialarbeiterin in Graz und mutige Kämpferin gegen den Nationalsozialismus und Faschismus, zu benennen. Die Namensgebung soll im Rahmen einer Feier im Herbst stattfinden.



GEIDORF

Gefährliche Fußgänger-Ampel

Kritik an der Schaltung der Fußgänger-Ampel über die Wickenburggasse bei der Kreuzung Laimburggasse übt **Hanno Wisiak** von der KPÖ-Geidorf: „Von dieser Ampel fühlt man sich als Fußgänger wie als Autofahrer gefrotzelt.“ Als Fußgänger oder Radfahrer steht man oft mehrere Minuten und wartet – ohne dass Autos vorüberfahren würden. Erst wenn diese schließlich kommen, schaltet die Ampel auf Grün und



Hanno Wisiak (KPÖ Geidorf)

hält so den Autoverkehr auf! Wisiak: „Es kommt auch immer wieder zu brenzligen Situationen, etwa wenn Radfahrer, die ungeduldig werden, die Straße bei Rot queren.“ Die KPÖ fordert eine Umprogrammierung der Ampel. Das würde nicht nur dem Verkehr gut tun, sondern auch die Gefahr vermindern.

Rettet das Rosenhain!

Die Holding Graz will das beliebte Café Rosenhain umbauen lassen. Ein Wettbewerb wurde bereits ausgeschrieben. Die bisherigen Pächter und viele Menschen, die bisher das Lokal besucht haben, sind geschockt. „Nach der Leute mit kleinen Brieftaschen negativen Erfahrung mit dem Umbau des Grazer Schloßbergrestaurant ist es selbstverständlich, dass wir die Bürgerinitiative „Rettet das

Rosenhain“ unterstützen.“ Das erklärte **Hanno Wisiak** von der KPÖ-Geidorf: „Es ist wichtig, dass es in unserem Bezirk weiterfamilienfreundliche Begegnungsorte wie das Café Rosenhain gibt. Die Holding Graz hat leider einen Begriff von Urbanität, der mit den Wünschen der Bevölkerung wenig zu tun hat. Hochpreisige Design-Lokale haben wir in Graz genug. Es geht darum, Gaststätten wie das Café Rosenhain zu erhalten.“

Fabisch: „Ragnitzbad muss bleiben“



Für die Erhaltung des Ragnitzbades spricht sich KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch** aus: „Auch im heurigen Sommer hat sich gezeigt, welche große Bedeutung das Ragnitzbad für die Menschen und Familien im gesamten Grazer Osten hat. Die Stadt Graz muss alles unternehmen, um die Zukunft dieser Anlage zu sichern!“

STRASSGANG

Sichere Haltestellen

Einige Grazer Bushaltestellen sind zu Fuß nicht gut erreichbar, vor allem in den äußeren Bezirken: Insbesondere die Linien 62 und 64 sind hiervon betroffen. So gibt es bei der Haltestelle „Wagner-Jauregg-Platz“/Richtung St. Peter nur auf einer Straßenseite einen Gehsteig. Die dem LSF abgewandte Seite hat durchgängig keinen Gehsteig, obwohl sich viele Ein- und

Mehrfamilienhäuser auf dieser Seite befinden. Die Haltestelle kann nur zwischen parkenden Autos über eine stark befahrene Straße ohne gesicherten Übergang erreicht werden. **KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber**: „Bei einer Haltestelle mit hoher Frequenz, wie das vor einer Krankenanstalt der Fall ist, ist dies ein unhaltbarer Zustand – es besteht dringender Handlungsbedarf.“

MARIATROST



Zebbrasreifen

Als Gefahrenquelle, vor allem für Schulkinder, sieht **KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch** den Zebrastrifen Schönbrunn-gasse/Mariatrosterstraße: „Herunterlaufende Kinder können von stadteinwärts fahrenden Autolenkern wegen fehlender Sicht erst im letzten Moment wahrgenommen werden. Wird dann die Straße ohne stehen zu bleiben überquert, kann es leicht zu einem Unglück kommen.“ Die Verlegung des Übergangs und die Anbringung eines

kleinen Geländers an der alten Stelle würde für mehr Sicherheit sorgen!

1er: neue Schienen

Auch für die Linie 1 ist in den nächsten Jahren eine Adaptierung des Schienenbestandes für die Variobahnen geplant. In diesem Zusammenhang fordert **KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch**, den Ausbau zur Zweispurigkeit zwischen den Hilmteich und Maria-grün mit einzubeziehen.

LEND

Kein Nachttaxi-stand am Lendplatz!

Noch vor einem Jahr gab es am Lendplatz (Nr.1-1a) einen Nachttaxi-stand, der aufgrund von Bauarbeiten an die Westseite des Lendplatzes (Nr.12-16) verlegt wurde. Der alte Taxi-stand wird auf-



grund einer Nutzungsänderung nicht mehr eingerichtet, der neue unterliegt keiner Verordnung mehr und wurde ebenfalls entfernt – mit dem Ergebnis, dass der Lendplatz im Moment über keinen Nachttaxi-stand verfügt!

KPÖ-Bezirksrat Christian Carli: „Das momentane Fehlen des Nachttaxi-standes am stark frequentierten Lendplatz (ca.7000 Fahrten pro Monat!) ist nicht nur für die betroffenen Gäste, sondern vor allem auch für die Taxifahrer sehr enttäuschend. Eine rasche Lösung ist gefordert!“



Wann kommt der Taxi-standplatz auf den Lendplatz zurück?

Schöcklseilbahn: Luxustarife

Wer mit der Gondel auf den Grazer Hausberg fahren will, muss tief in die Tasche greifen. Eine Berg- und Talfahrt mit der von der Holding Graz betriebenen Schöcklseilbahn kostet seit der heurigen Sommersaison € 12,10. Der Preis für die Familienkarte

(für zwei Erwachsene und ein Kind) ist von 22,- Euro im Jahr 2010 auf mittlerweile bereits € 24,70 gestiegen. Seniorinnen und Senioren zahlen € 10,60.

„Bei uns sind Beschwerden von Familien und vor allem Pensionisten eingetroffen, für die der Ausflug auf den

Schöckl zum Luxus geworden ist“, weist **Gemeinderat Andreas Fabisch** auf die starken Preiserhöhungen in den letzten Jahren hin. Gerade ältere Menschen mit Einschränkungen könnten die hohen Tarife nicht mit einer Wanderung auf den Grazer Hausberg umgehen.

ST. PETER

Hochwasser Ragnitz und St. Peter

Bei den Wolkenbrüchen im Juli glichen der Bezirk St. Peter und Teile der Ragnitz einem großen See. Petersbach und Ragnitzbach traten über die Ufer und setzten mehrere Straßenzüge unter Wasser. Das Kanalsystem schaffte die riesigen Regenmengen nicht mehr. **KPÖ-Gemeinderat Christian Sikora** war vor Ort: „Zuletzt waren hier 2009 größere Niederschlagsmengen zu verzeichnen. Da war der Kanal entlang der St. Peter Hauptstraße noch nicht ausgebaut: Anscheinend hat man bei der Planung nicht mit solchen Wassermengen gerechnet. Es fehlen noch immer geeignete Hochwasserrückhaltebecken entlang des Ragnitzbaches und des St. Peterbaches.“ Sikora: „Ich hoffe, dass die erforderlichen baulichen Maßnahmen von den Politikern so rasch wie möglich geplant und umgesetzt werden.“



Hausabriss

Trotz heftiger Proteste wurde des Haus St. Peter-Hauptstraße 40 zum Abriss freigegeben. Ursprünglich in der Altstadt-Schutzzone gelegen, fand sich dieses Objekt auf den neuen digitalen Plänen außerhalb dieser. Gemeinderat Andreas Fabisch: „Es darf nie mehr vorkommen, dass ein Bauwerk durch einen Behördenfehler seinen Schutz verliert. Warum hat man nicht die Stellungnahme des Landes abgewartet?“

GRÜNANGER
Bauorden – Team on

Seit nunmehr fünf Jahren arbeitet das städtische Wohnungsamt gemeinsam mit dem Bauorden und dem Team On (Caritas) erfolgreich zusammen. Gemeinsam werden Jahr für Jahr Häuser am Grünanger von einkommensschwachen Familien und Personen saniert. Dieses Jahr wird das Haus von Herrn Prott (sitzend) wärmedämmte, Fenster ausgetauscht und Dachstuhlräumung usw. gemacht.

Junge Leute aus verschiedenen europäischen Ländern stellen über das Bauorden-Projekt „Helfende Hände“ gratis ihre Arbeitskraft zur Verfügung. Dieses Mal sieben junge Frauen und Männer aus Holland, Tschechien, Frankreich und Bulgarien, unter Anleitung von Ing. Jupp Feld aus Deutschland und Architekt Stummer aus der Steiermark, beide jahrzehntelange Mitstreiter im Bauorden.



KPÖ-Gemeinderat Christian Sikora setzt sich für ein sauberes Graz ein.

Schulschachmeisterschaft in der NMS Dr. Renner



Starken Anklang fand die erste Schulschachmeisterschaft der NMS Dr. Renner in Liebenau. Am 29. Juni traten 30 Schülerinnen und Schüler zu einem Vergleichskampf um den ersten Meistertitel im Schachspiel an. Unterstützt wurde dieses Turnier vom Schachclub Extraherb WS. KPÖ-Bezirkssprecher Max Korp war in Vertretung von Stadträtin Elke Kahr anwesend und überreichte eine Spende zum Ankauf von Schachgarnituren, die im nächsten Schuljahr zum Einsatz kommen sollen. Denn die NMS Dr. Renner wird künftig Schach als Wahlfach führen. Die Meistertitel gingen bei den Mädchen an Khawa Gayrbekova und bei den Buben an Akmese Bertaltha, beide aus der 2a.

ZVP
Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

MO. bis FR. von
10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: zentralverband@gmx.at

☎ 0316/ 71 24 80

Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei:

- Anträgen auf Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- anderen Unterstützungen; Gebührenbefreiungen
- anderen Problemen

Jeden Donnerstag
gemütlicher
Nachmittag im
Volkshaus



Allerhand aus dem Steirerland
Initiativen und Berichte aus dem steirischen Landtag
der KPÖ-Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg

Mahnwache vor dem Landhaus

Mit einer Mahnwache vor dem Landhaus in der Herrengasse prangerte die Plattform 25 vor dem Grazer Landhaus die unmenschliche Behindertenpolitik der Landesregierung an.

Die Streichung der Sozial- und Lernbetreuung sowie der Entwicklungsförderung verstoßen sogar gegen die UN-Kinderrechtskonvention und stellen somit eine Menschenrechtsverletzung dar. Konkret geht es darum, dass Betroffene, die derzeit in Integrativen Wohngemeinschaften leben,

künftig in Heime abgeschoben werden sollen. „Die Unterbringung in einem Wohnheim kostet viel mehr als die Assistenzleistungen in einer Integrativen Wohngemeinschaft“, betont Plattform-25-Sprecher Gerhard Zückert.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler nahm an der Mahnwache teil. Sie wies darauf hin, dass die Steiermark noch vor wenigen Jahren Vorreiter in der Behindertenpolitik war und jetzt auf den Stand vergangener Jahrzehnte zurückfällt.



Veranstaltungsgesetz

Nicht nur ein Gutachten, auch Äußerungen von hochrangigen Juristen im zuständigen Ausschuss des Landtages lassen Zweifel daran aufkommen, dass die Neufassung des Veranstaltungsgesetzes verfassungskonform ist. Die KPÖ forderte im Landtag daher die Neuverhandlung des Veranstaltungsgesetzes unter Einbeziehung von Verfassungsexperten und Betroffenen. SPÖ und ÖVP weigerten sich, über die Einwände auch nur zu diskutieren.

KPÖ-Sozialtelefon

0316/877 5102

Graz, Landhaus

MINDESTSICHERUNG:

Rechnen Sie Ihre Ansprüche nach!

www.mindestsicherungsrechner.at

zuhören. helfen.
Claudia Klimt-Weithaler

Gefährliches Spiel mit steirischer Gesundheitspolitik

Werner Murgg: „Tarnen und Täuschen statt

Die steirische Gesundheitspolitik ist von einem noch nie dagewesenen Kahlschlag geprägt: Einzelne Abteilungen und ganze Krankenhäuser werden geschlossen, das Grazer LKH West soll sogar privatisiert werden. Dagegen protestierte KPÖ-LAbg. Werner Murgg



LKH Graz West (© KAGes)

Unsinnige Vereinbarungen und schlechte Ratschläge von Consultingfirmen haben ein riesiges Loch ins Gesundheitsressort gerissen. Um die politischen Vorgaben der EU zu erfüllen (Privatisierung des Gesundheitswesens) bezahlt man teure Beraterfirmen anstatt die hauseigene Rechtsabteilung in Anspruch zu nehmen, die das genaue Gegenteil vorgeschlagen hatte. Spitalslandesrätin Edlinger-Ploder leugnete die Existenz dieses Bera-

tungsauftrages – stattdessen habe die Consultingfirma lediglich „die Verhandlungen zur Zusammenarbeitsvereinbarung begleitet und bei der Erstellung des Business-Planes zur Zusammenarbeitsvereinbarung mitgewirkt.“

Edlinger-Ploder hatte offenbar wichtige Informationen zurückgehalten und durch irreführende Antworten zu einer Verschleierung der Vorgänge innerhalb der KA-

Null-Lohnrunde bei Vereinigten Bühnen?

Nach den Landes- und Gemeindebediensteten sind nun die Beschäftigten der Vereinigten Bühnen an der Reihe: Die Landesregierung verordnet ihnen eine Nulllohnrunde. Die Bühnenarbeiter in allen anderen Bundesländern erhalten eine bescheidene Gehaltserhöhung. Ein KPÖ-Antrag, das Thema im Landtag zu behandeln, wurde aus formalen Gründen abgelehnt.

Klimt-Weithaler: „Im Gegensatz zu den Mitgliedern der Landesregierung sind die Beschäftigten der Oper und des Schauspielhauses keine Großverdienerinnen und Großverdiener. Viele haben nicht mehr als 1100 bis 1200 Euro. So wird das Land viele in die Abhängigkeit von Sozialleistungen treiben, die nicht nötig wären, würden die Beschäftigten nicht so schlecht bezahlt.“

Schulgutscheinaktion der Stadt Graz. 3. 9. bis 28.9. 2012

Der teure Schulbeginn naht. Die Stadt bietet eine kleine freiwillige Hilfeleistung für Eltern von Schulkindern. 51 Euro pro schulpflichtigem Kind können von Montag, 3. bis 28. September 2012, in Anspruch genommen werden.

Bezugsberechtigt sind Personen, deren Einkommen dem Sozialhilferichtsatz entspricht. Mindestsicherungsbezieher bekommen den Betrag überwiesen, andere, vom Einkommen her gleichgestellte Eltern können die Schulgutscheine unter Vorlage von Lichtbildausweis und Einkommensbelegen im Sozialamt, Schmiedgasse 26, 2. Stock, Tür 234, beantragen.

Aufgrund der Umstellung auf bargeldlosen Zahlungsverkehr, ist die Vorlage einer Bankverbindung unbedingt erforderlich. www.graz.at

rischen Krankenhäusern seriöser Antworten“



KPÖ-Kontrollausschussvorsitzender Dr. Werner Murgg kritisiert die Privatisierungen.

wir uns auch im Landtag einsetzen.“

Undurchsichtige Geschäfte

Scharfe Kritik übte KPÖ-LABg. Werner Murgg an den Finanzspekulationen der Landesregierung: „Der Gipfel ist die einst viel gepriesene KIG-Anleihe, die zwar kurzfristig Geld in die Landeskassa gespült hat, jetzt aber das Gesundheitswesen in den Ruin treibt. Nicht die Krankenhäuser kommen zu teuer, sondern die Komplizenschaft von SPÖ und ÖVP ist es, die das ganze Land an den Rand des Abgrunds treibt. Hier wird ein gefährliches Spiel mit den steirischen Krankenhäusern gespielt.“

Ges beigetragen, sagt Murgg: „Auf Kosten des medizinischen Personals soll eine Aufblähung der Managementstrukturen erfolgen. Die Beschäftigten und der Betriebsrat lehnen dieses Modell strikt ab. Die Vorgänge im Gesundheitsressort, insbesondere im Zusammenhang mit den Beratungsverträgen, werden immer mysteriöser. Hier muss eine Aufklärung erfolgen, dafür werden



Die KPÖ lehnt Privatisierungen im Gesundheitsbereich grundsätzlich ab. Stadträtin Elke Kahr und Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler nahmen am 12. Juli an einer Protestveranstaltung der Belegschaft im LKH-West teil.



MEINUNG

Claudia Klimt-Weithaler,
KPÖ-Landtagsabgeordnete

Wenn die Superreichen feiern

Liebe Grazerinnen und Grazer!

Lohnsenkungen, Streichung von Urlaubs- und Feiertagen, Privatisierung des Gesundheits- und Pensionssystems, Einschränkung der Demokratie, höhere Profite für Konzerne: Das sind die Visionen der Industriellenvereinigung. Obwohl dieser kleine, elitäre Zirkel selbst innerhalb der Wirtschaftskammer nur 0,15 Prozent der Mitglieder repräsentiert, gibt er auf allen Ebenen der Politik den Ton an. Ein Rückblick: Nur zwölf Tage vor der letzten Landtagswahl trafen sich Vertreter der Industriellenvereinigung am Schloßberg mit steirischen Spitzenpolitikern. Dabei diktierten sie LH Voves und seinem Vize Schützenhöfer die Eckpfeiler der wenige Tage später ins Leben gerufenen „Reformpartnerschaft“. Voves damals wörtlich: „Ich bin mit allen Vorschlägen der IV einverstanden!“ Ende Juni dieses Jahres lud die steirische Industriellenvereinigung zu einem Sommerfest. Zu Gast: die wichtigsten Befehlsempfänger der Industrie in Politik und Medien. Dabei wurde an LH Voves (SPÖ) und LH-Stv. Schützenhöfer wieder ein Wunsch gerichtet: Die Regierung müsse mindestens bis 2018 im Amt bleiben und das für die Superreichen so segensreiche Wirken fortsetzen. Die „Reformpartner“ reden ständig vom Sparen. In Wirklichkeit wurden noch nie so

viele Schulden gemacht und so hohe Risiken eingegangen wie jetzt. Gespart wird nur bei jenen, die sich ihr Leben schon jetzt kaum noch leisten können. Dafür wird seit Jahren eine Milliarde nach der anderen zur Absicherung der durch Spekulationsgeschäfte ins Wanken geratenen Banken gepumpt. Die Regierung hat nicht vor, sich mit jener kleinen Wirtschaftselite anzulegen, die über mehr Geld verfügt als alle arbeitenden Menschen in Österreich zusammen. Gleichzeitig werden immer neue „Rettungspakete“ zur Absicherung von Spekulationsgeschäften verabschiedet. Eine kleine Minderheit bekommt eine Vollkaskoversicherung, die Mehrheit muss es bezahlen. Dafür steht diese „Reformpartnerschaft“, und deshalb soll sie im Amt bleiben – wenn es nach der Industriellenvereinigung geht.

Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at



www.plattform25.at – PLATTFORMTREFFEN

Die überparteiliche Widerstandsplattform gegen die Kürzungen im Sozialbereich trifft sich: Montag, 03.09.2012, 17.30 - 20.00 Uhr, im Bildungsverein der KPÖ, Lagergasse 98a, Graz Unter anderem auf der Tagesordnung: Der österreichweite Aktionstag für Verteilungsgerechtigkeit am 06.10.2012



SERIE: FUSSBALL IN GRAZ – 90 JAHRE SV STRASSGANG

Hartnäckigkeit und Hingabe

Ein reges fußballerisches Leben hat Graz zu bieten – auch neben Sturm und GAK. Viele Unterhausvereine können auf große Traditionen zurückblicken. Teil 2 einer Serie von Hanno Wisiak

Vor 90 Jahren, im Juni 1922, erblickte der Athletik-Sportklub Strassgang das Licht der Welt. Auf eine Wiese neben einem Teich, dort wo sich heute das Straßganger Bad befindet, wurde trainiert und gespielt.

Kredit für ersten Ball

Straßgang war damals noch eine eigene Gemeinde. Der heutige 16. Grazer Bezirk wurde erst 1938 der steirischen Landeshauptstadt eingemeindet.

Was finanzielle Nöte sind, wusste man schon damals. Für den ersten Ball musste ein Kredit aufgenommen werden.

Nach der Befreiung 1945 begann auch der Aufstieg der Grün-Weißen. Gemeinsame Anstrengungen machten es möglich, das Areal zu pachten, auf der sich die heutige Sportanlage befindet.

Zweimal gelang den Straßgängern der Aufstieg in die höchste steirische Spielklasse. 1958/59 und von 1963 bis 1968 klickte man in der Landesliga.

Den fußballerischen Aufstieg schafften auch die Brüder Ferdinand und Karl Eckhart, die ihre Laufbahn beim SV Straßgang begannen. Beide führte ihr Karriereweg über die Jugendauswahl des Steirischen Fußballverbandes (StFV) in die Bundesliga – Ferdinand zum GAK, Karl zu Sturm.

„Wie alles bezahlen?“

Dass der SV Straßgang heute in der untersten Spielklasse kicken muss, hat weniger sportliche als finanzielle Gründe. „Oft wissen wir

Nicht nur sportlich, sondern auch musikalisch: Die Straßganger Altherren



nicht, wie wir alles bezahlen sollen“, erzählt Obmann Karl Urdl, der seit über 20 Jahren mit Herz und Seele für den Verein aktiv ist.

„Viele Pläne sind schon gescheitert“, seufzt er, „aber es wurde auch Einiges erreicht, etwa der Neubau des Vereinshauses 2002“ Hartnäckig muss man eben sein – auch um Jahr für Jahr ausgeglichen bilanzieren zu können. Dabei wäre es gar nicht schwer, Abhilfe zu schaffen. „Wenn die Stadt Graz die Sportvereine von der Grundsteuer befreien würde, wäre schon viel geholfen. Für die Stadt sind das Bagatell-Beträge, für uns Summen, die uns viel Kopfzerbrechen bereiten.“

Jugend – die Zukunft des Vereins

Etwa hundert Jugendliche kicken derzeit in den Reihen des SV Straßgang – in fünf verschiedenen Jugendmannschaften. Hauptsächlich aus dem eigenen Nachwuchs entstand auch die mit viel Hingabe kickende Kampfmannschaft. Jugendleiter Peter Haidinger bringt es auf den Punkt: „Jeder einzelne Spieler und jede einzelne Spielerin ist die Zukunft für unseren Verein.“ Und der Erfolg gibt ihm Recht. Die Straßganger Jugendteams konnten schon mehrere Turniersiege feiern.

Spieler von Sturm, Kapfenberg und andere ihre Sangeskünste vermarkteten – nahm die grün-weiße Altherrenmannschaft ihren „Oldies-Song“ auf.

90 Jahre

Aufgrund der finanziellen Knappheiten wird das 90-Jahr-Jubiläum nicht richtig groß gefeiert. Am 22. September gibt es ein Kleinfeldturnier, das nach Kurt Riedl, dem Sektionsleiter, der seine Freizeit über zwei Jahrzehnte für den SV Straßgang zur Verfügung gestellt hat, benannt ist. „Die Ehrenamtlichen sind die wirklichen Stützen des Vereins“, betont Obmann Karl Urdl. Ohne ihren selbstlosen Einsatz wäre alles nicht möglich.

„Schon mehr Sozialarbeit“

„Wenn’s darum geht, auf Fotos zu kommen, kommen die Politiker gern“, erzählt Urdl, „aber nur wenige wissen, was sie an den kleinen Vereinen haben.“ Über Sozialarbeit und Integration werden große Reden geführt – umgesetzt wird es von den vielen Vereinen. „Wir machen ja schon mehr Sozialarbeit als Sport“, bringt er es auf den Punkt.

Pionierleistung im Grazer Frauenfußball

Schon lange bevor der Frauenfußball durch die WM in Deutschland 2011 auf breiteres Interesse stieß, wurde in Straßgang ein Frauenteam ins Leben gerufen. 2002 gegründet, sind die grün-weißen Damen das zweitälteste Frauenteam in Graz. Mit dem Meistertitel 2010 stiegen sie in die Landesliga, die dritthöchste Spielklasse Österreichs, auf, wo sie sich gut etablieren konnten.

Singende Altherren

Eine Vorreiterrolle spielte der SVS auch in Sachen Musikalität. Bereits 1988 – lange bevor die

www.sv-strassgang.at

90 JAHRE SV STRASSGANG KURT-RIEDL-KLEINFELDTURNIER

Information und Anmeldung:

Karl Urdl: 0664 – 28 39 865

Erich Silldorff: 0650 – 400 87 40

Samstag, 22. September

Beginn: 13 Uhr

Sportplatz Straßgang

Mannschaften: 5 + 1 Tormann

Nenngeld: € 100,--

Für jeden Teilnehmer gibt es ein Getränk und eine Jause

wahrheitfest¹⁹⁶²

Das Glück der kleinen Leute:

Das Volkshausfest vor 50 Jahren

volks²⁰¹²hausfest



1962: Die Gewinner des „Skoda Popular“ Bj. 1962, Familie Korp v.l.n.r.: Uschi (4 Jahre), Stefan (Gugi) (9), Maxi (11), Vater Max (40) und Mutter Johanna (Hansi) (38) Foto: Archiv Korp

„Gogi, ich werd verrückt. Das ist mein Auto.“ Mit diesen Worten und gleichzeitig seinen Freund umarmend, vor Freude außer sich, stürmte Max Korp in den Glückshafen, das Los Nr.13.407 schwenkend. Max Korp jun., damals 11 Jahre jung, heute KPÖ-Bezirkssprecher Liebenau, kann sich gut an den 3. Juni 1962 erinnern, als sein Vater beim Volksfest der „Wahrheit“ (heute Volkshausfest) einen „Skoda-Popular“ gewann.

Max Korp sen. arbeitete 1962 bei den Grazer Gaswerken und war Besitzer eines roten MS 50-Mopeds, mit dem er auch Tag für Tag zur Arbeit fuhr. Den Führerschein für das neugewonnene Auto holte er im Herbst '62 nach.

Korp jun.: „Das Fest hat damals am Grazer Messegelände stattgefunden, mit Tausenden Besuchern.“ Ein großer Anreiz war natürlich die Tombola mit zahlreichen Preisen. Aus der „Wahrheit“ vom 5. Juni 1962: „Autos, Waschmaschine, Kühlschrank, eine ganze Reihe von Puppen, so groß wie ein kleineres Kind,..., Würstel, Brezeln, Nylonsackerl mit Nahrungsmittel als Inhalt, und ganze Batterien von Weinflaschen!“

Im Unterhaltungsprogramm traten zahlreiche Künstler aus der Sowjetunion und aus Ungarn auf:

Ein Bajan-(Harmonika-)Solist, der für seine steirischen Zuhörer extra das Lied „Die Holzhackerbuam“ einstudiert hatte, Jongleurekünstler W. P. Worobjow („fünf riesige Messer, brennende Fackeln“), die Solistin des Woronescher Volkstheaters, Ljubow Adrejew, ein Tanzensemble aus Budapest – aber auch Musicclown Moby aus Wien. Der damalige Europameister im Mittelgewichts-Boxen, der Ungar Laszlo Papp, gab Autogramme.

Um halb neun Uhr abends bildete ein Riesenfeuerwerk den Abschluss des Fests, bei dem unter anderem „glühende Sputniks“ in den Himmel geschossen wurden, unter „Begeisterungstürmen“ des zahlreichen Publikums.

Bei diesem Feuerwerk waren Max Korp jun. und seine kleinen

Und wieder lachte das Glück den kleinen Leuten



Links: Die Gewinner des Haupttreffers: Familie Aust aus Graz, kurz nachdem sie ihren Wagen in Besitz genommen hatten. - Rechts: Die drei Kinder der Familie Korp konnten es nicht erwarten, bis alles offiziell war. Sie säuselten das Auto bescheiden und machten sich gemütlich, gerade so, als wollten sie schon zur ersten Anfahrtsfahrt starten. Und die Eltern lächelten ihren Kindern glücklich zu.

Das Schmuckstück des Glückshafens beim Grazer „Wahrheit“-Fest, der wie immer vor der Lebensmitteltombola aufbaut war, bildeten wie in der Sonne. Ständig war der Glückshafen von zahlreichen Menschen umlagert. Lange, Finanzbeamten wie jedes Jahr, in den frühen die Lose-Nummern der Haupttreffer. Heuer vor aller Augen drei Frauen aus der Menge der Feiertagler, die ihrerseits die Nummern für die Haupttreffer bestimmten.

konnten also ihre Treffer abbolen. Eine Flasche Wein, eine Puppe, eine Stange Würst, etwas Goochenkorb – oder eben ein Auto.

Es dauerte auch gar nicht lange, da erbschen schon der erste neugebackene Autos aus Graz, 41 Jahre alt, Kraftfahrer und Zerstörer bei einem Grazer Feiertagler und Zerstörer war am Sonntag, Herr Feiertagler der „Wahrheit“ und wurde durch eine Werpostendung auf die Veranstaltung aufmerksam. Natürlich war auch seine Frau mitgekommen. Natürlich war auch seine Frau mitgekommen. Natürlich war auch seine Frau mitgekommen.

Geschwister nicht mehr dabei: „Wir haben damals in der Eggenbergerstraße gewohnt, gegen acht Uhr abends haben uns Bekannte aus dem Haus mit nach Hause genommen, zum Schlafengehen.

Mein Vater und meine Mutter hingegen haben auf dem Fest noch lange gefeiert.“

Das Volkshausfest 2012 findet heuer am Samstag, den 8. September, ab 15 Uhr in der Lagergasse 98a statt, bei jeder Witterung.

amerikanisches Flugzeug bei Paris abgestürzt: 130 Tote (Lesen Sie darüber bitte auf Seite 5)

WAHRHEIT

und Volksfest

1/18. Jahrgang - Nr. 128 Graz, Dienstag, 5. Juni 1962 P. 4 - Preis S 1,20

Mehlboykott hat sich verschärfert

In den meisten Geschäften wird kein Mehl mehr verkauft

Der Mehlboykott in Österreich hat sich verschärft, da die Verhandlungen über das Wochenende ergebnislos verliefen sind. Nach Abverkauf ihrer Vorräte übernahmen die Kaufleute keine weiteren Mehllieferungen mehr, so daß in den meisten Geschäften kein Mehl mehr abgeholt werden kann. Die Lebensmittelvereine haben in allen Bundesländern Versammlungen ab und fordern ein Verbot der Mehlimporte. Die Mehlimporteure haben die Preise hinauf und auf dem Rücken der Verbraucher die Preise entsprechend werden. Es ist Zeit, daß die zuständigen Behörden für eine baldige Beendigung des Mehlboykotts die notwendigen Maßnahmen ergreifen.



Inser großes Volksfest: Selbst das Wetter spielte mit
Graz „Wahrheit“-Fest wieder ein voller Erfolg - Fröhliche Menschen - Rasierendes Drama

volks²⁰¹²hausfest

Freier Eintritt

EU VERORDNET „INTELLIGENTE“ STROMZÄHLER

Smart-Meter: Der durchleuchtete Stromkunde

Bereits Ende letzten Jahres hat Österreich die „Smart-Meter-Verordnung“ verabschiedet. Bis 2019 soll das Land flächendeckend auf diese „intelligenten“ Stromzähler umgestellt werden.

Vorteile?

Die Stromkonzerne werben für die „Smart-Meter“: Ihre Installation diene dem Zweck, den Energieverbrauch besser zu kontrollieren und Stromfresser zu identifizieren, billigere Stromtarife abseits der Hauptverbrauchszeiten ermöglichen den Konsumenten Stromkosteneinsparungen.

Riesengeschäft!

Der neue Stromzähler soll € 40,- bis € 100,- kosten. Bislang wurde beteuert, dass die Umstellung auf das neue System nicht auf die Stromkunden abgewälzt würde, doch tatsächlich werden sich diese

Kosten wohl in der Stromnetzabrechnung „verstecken“. Erster Vorbote dafür war die Umstellung der Energieabrechnungen mit 1. Juli: Zwar wurden die Energiepreise gesenkt, die Netztarife aber um den sog. „Ökostromzuschlag“ angehoben – die Energielieferung für Stromkunden insgesamt verteuert.

Den Herstellern der Geräte winkt ein Milliardengeschäft! Auch die laufenden Kosten der Smart Meter sind nicht zu vernachlässigen. Laut Wikipedia verbraucht die permanente Verbindung zur Datenfernübertragung jährlich mehr Strom als ein herkömmlicher Kühlschrank.

Fernabschaltungen

Die Möglichkeit, einzelne Haushalte per Fernabschaltung vom Netz zu nehmen, birgt ein großes Einsparungspotenzial: Keine Außendienstmitarbeiter müssen mehr vor Ort den Kunden den Strom abdrehen. Das passiert alles per Knopfdruck in der Zentrale – Personalkosten können gespart werden! Die absolute Kontrolle der Lieferanten über ihre Kunden eröffnet der Stromindustrie ungeahnte Möglichkeiten: Wer bestimmt in Zukunft, wann wem der Strom abgeschaltet wird?

Tarifexplosion

Tatsächlich werden die meisten kaum nicht vom besseren Überblick der Stromkonzerne profitieren können, sondern – im Gegenteil – mehr für Strom bezahlen. Denn für Spitzenverbrauchszeiten sind Tarifierhöhungen zu erwarten, und wer untertags bei der Arbeit ist, wird nicht umhin können, in den sauren Apfel zu beißen, will er/sie am Abend noch ein warmes Süppchen genießen, duschen, Wäsche waschen oder sich das Hauptabendprogramm im Fernsehen ansehen.

Überwacht – rund um die Uhr

Die „intelligenten“ Stromschnüffelsysteme halten fest, wann in einem Haushalt wieviel Strom verbraucht wird. So genau, dass man vom Stromverbrauch auf die Anzahl der im Haushalt lebenden Personen schließen kann. Und was sie wann getan haben – gekocht oder ferngesehen.



Elke Kahr. KPÖ

Was glaubst du?
Ist Wasserkraft eine
ökologisch unbedenkliche
und saubere Energiequelle?

MYTHOS Wasserkraft

unterstützt von:

FILM: Österreich und die Wasserkraft mit anschließender Diskussion + Ausstellung „Mythos Wasserkraft“



**Mittwoch, 5. September
im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, Beginn: 19 Uhr**

Um die von Deutschland angestrebte „Energiewende“ durchpeitschen zu können sollen an der Mur noch mehr Wasserkraftwerke errichtet werden. Den Schaden durch die Anhebung des Wasserspiegels soll die Stadt Graz (und die Naturlandschaft) tragen. In Zusammenarbeit mit Rettet die Mur und der Plattform „Flüsse-voller Leben“ diskutieren namhafte Experten wie es zur Legende vom „Sauberen Strom aus Wasserkraft“ kam und welche Folgen der massiv forcierte Ausbau der Wasserkraft hat.



Zentralisierte Elektrizitätsversorgungssysteme schaffen Abhängigkeiten. Das gilt auch für die neuen, an der Mur geplanten Wasserkraftwerke.

DREI FRAGEN AN REINHARD P. GRUBER

Einfach essen



Dieses Buch ist bereits 2010 erschienen. Es hat aber an Bedeutung gewonnen. Das zeigt sich daran, dass heuer bereits die 3. Auflage in Druck gegangen ist. Reinhard P. Gruber hat mit „Einfach essen“ nämlich ein Kochbuch für die harten Zeiten geschrieben.

Und er sagt den Leuten, denen es nicht so gut geht, vor allem eines: Sie müssen sich nicht schämen, wenn sie ein Butterbrot, eine Würstsemmel oder ein Erdäpfelgulasch essen.

Gutes Essen muss nicht teuer sein. Aber seine Zutaten müssen echt sein: „In Wahrheit essen die Nichthabenden mit weit größerer Würde als die Reichen“.

Reinhard P. Gruber ist ein (witz- und kenntnisreicher) Prediger des guten und einfachen Essens. Deshalb hasst er den Lebensmittlersatz, den uns die Industrie anbietet. Er ist für den Würstelstand und

gegen Fast Food: „Ein Huhn, das in seinem Gefängnis darauf wartet, geschlachtet zu werden, muss ich nicht haben“. Und er hofft: „Die Sinnlichkeit wird uns auch die Fress-Industrie nicht vertreiben“.

Das Kochbuch für die harten Zeiten sollte uns auch daran erinnern, dass die Auseinandersetzung zwischen Arm und

Reich nicht mit Statistiken gewonnen wird, sondern dann, wenn unsere Ideen die Massen ergreifen. Deshalb ist ihm eine noch größere Verbreitung zu wünschen. F. St. Parteder Reinhard P. Gruber

Einfach essen!

**Kochbuch für die harten Zeiten
Graz, Literaturverlag Droschl
3. Auflage 2012**

Stadtblatt: „Einfach essen“ ist ein Kochbuch für die harten Zeiten. Was bedeutet der Begriff „Harte Zeiten“ für Sie?

R. P. Gruber: Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Das bedeutet härtere Zeiten für immer mehr Menschen. Gleichzeitig sieht man im Kochfernsehen – das ich mir oft anschau – meistens nur, was die Reichen essen – von Meeresfrüchten angefangen. Ich kenne aber immer mehr Leute, die sich das nicht mehr leisten können. Deshalb habe ich dieses Buch geschrieben.

Stadtblatt: Die wirklich Armen



Reinhard Peter Gruber

in unserem Land essen aber sehr oft schädliche Billig-Ware.

Ich sehe das auch als Problem. Das Billigste ist heute schon gesundheitsschädigend, wenn man weiß, welche Stoffe da drinnen sind. Dagegen wende ich mich mit diesem Kochbuch. Die Leute sollten wieder zu den Grundnahrungsmitteln greifen: Mehl, Nudeln, Erdäpfel, Gewürze. Und sie sollten die Speisen selbst herstellen. Das ist nicht teuer. Und der Vorgang des Kochens selbst ist etwas ganz Wichtiges.

Stadtblatt: Das Buch kann auch als Anklage gegen die Lebensmittelkon-

TEXTPROBE:

ERDÄPFEL KOCHEN

„Das überwürzte Zeug, haltbar gemacht, zum Schnellgericht verzerrt, das ist kein Lebensmittel, das ist bloße Kalorienzufuhr. Genausogut könnte man puren Zucker schlucken oder pures Fett.“

Aber noch stehen in unseren Geschäften und Supermärkten Grundnahrungsmittel pur. Die Kartoffel beispielsweise; der Erdapfel; die Grundbirne. Sogar in verschiedenen Sorten. Koche einmal einen Topf Erdäpfel in purem Wasser, so etwa 20–25 Minuten lang, dann schütte das Wasser weg. Noch heiß, schäle einen Erdapfel mit den bloßen Fingern. Die Schale kann man spüren in den Fingern. Den geschälten Erdapfel kann man riechen, den dampfenden. Dann hineinbeißen und mampfen. Vielleicht ein bisschen salzen. Das kann der Beginn einer neuen Beziehung sein. Die Beziehung zum Erdapfel ist ausbaubar, fast unendlich. Der Erdapfel kann einen als Genussmittel das ganze Leben lang begleiten. Alles kann man mit ihm machen, nur roh kann man ihn nicht essen.“

zerne gelesen werden. Was kann man gegen diese Riesenunternehmen machen?

Der einzige Weg, der uns zur Verfügung steht, ist die Information. Wer sind die Großhersteller von Lebensmitteln? Welche Konzerne haben sich den Markt aufgeteilt? Es ist viel wert, wenn man beim Einkaufen überlegt, welche Apfelsorte oder welches Brot ich esse. Soweit es geht, mache ich einen großen Bogen um die Großherzeuger. Da gehe ich garantiert nicht hin.

Die Werbung der Nahrungsmittelindustrie ist aber eine furchtbare Gefahr. Die Menschen werden abgelenkt und davon abgehalten, zum Natürlichen und Echten zu greifen.

Mi, 5. 9. 19 Uhr

Mythos Wasserkraft

Ist die Wasserkraft eine ökologisch unbedenkliche und saubere Energiequelle? Der Film „Österreich und die Wasserkraft“, der im Rahmen der WWF-Kampagne „Flüsse voller Leben“ entstanden ist, setzt sich kritisch mit dieser Frage auseinander. Im Anschluss an den Film diskutieren Vertreter/innen von „Rettet die Mur“ und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen über den Ausbau der Wasserkraft in der Steiermark. Zudem ist die Ausstellung „Mythos Wasserkraft“ zu sehen.

Eine Veranstaltung der KPÖ Graz und des Bildungsvereins der KPÖ Steiermark.



<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

Weitere Informationen zu
Veranstaltungen und
Bestellungen:
KPÖ-Bildungszentrum
im Volkshaus Graz • Lagergasse 98a
Tel. (0316) 71 29 59

Do. 13.9., 20:00 Uhr

Vernissage Gregor Pokorny

...für die Wand

Bis einschließlich 11. Oktober (Öffnungszeiten: Mo.-Fr, jeweils 09:00 -15:00 Uhr) zeigt der gebürtige Osttiroler einen Querschnitt seiner aktuelle Arbeiten. Eröffnung mit Robert Gasser, Musik: Josef Klammer.



Mo. 17.9., 19:00 Uhr

Film und Diskussion

Leben wie andere auch? - Behindertenhilfe im Zeichen der steirischen Sparpolitik

Film: „Leben wie andere auch?“ Im Anschluss an den Film stellen sich Franz Wolfmayer und Eva Skergeth-Lopič (chance B) und Claudia Klimt-Weithaler (LAbg., KPÖ) der Diskussion.

Do. 20.9., 20:00 Uhr

Konzert: Jorge Venegas & Raúl Acevedo

Die chilenische Gemeinde in Graz begehrt den 39. Jahrestag des Putsches in Chile mit einem Konzert von Jorge



Programm Herbst 2012

alle Veranstaltungen, sofern nicht anders angegeben, im KPÖ-Bildungsverein



Sa. 8.9., ab 15 Uhr,
Programm siehe letzte Seite



Do. 4.10., 19:00 Uhr

Zum 40. Todestag Ernst Fischer als Politiker 1945-1972

Vortrag und Diskussion mit Sebastian Barylí

Der in Graz aufgewachsene Ernst Fischer war ein herausragender kommunistischer Politiker und Schriftsteller. Bis 1927 war er Journalist bei der Grazer Tageszeitung Arbeiterwille, danach bei der Arbeiterzeitung. Nach 1934 flüchtete er nach Moskau, wo er als führender Komintern-Funktionär dazu beitrug, dass Österreich wieder unabhängig wurde. In der ersten Nachkriegsregierung war er Unterrichtsminister, bis 1959 Nationalratsabgeordneter der KPÖ. Redner, Theoretiker und Schriftsteller. 1968 brach er spektakulär mit dem, was er als „Panzerkommunismus“ bezeichnete. Er starb 1972 in Prenning, Deutschfeistritz. Vortrag von Sebastian Barylí, Wien, Autor des Buches **Zwischen Stalin und Kafka. Ernst Fischer 1945-1972.**

Veranstaltung mit CLIO – Verein für Geschichts- und Bildungsarbeit

Mo. 8.10., 19:00 Uhr

Bibliothek KPÖ-Bildungsverein,
Lagergasse 98a, 8020 Graz

Leo liest Karl

„Karl Marx zu lesen, kann nicht nur aufschlussreich sein, sondern auch unheimlich erheiternd und amüsant. Neben seinem theoretischen Genie besticht der große Bärtige durch Sprachkunst und Humor“, sagt Leo Kühberger.



Fr. 21.9., 19:00 Uhr Ort: Dorfwirt Gölles, Flöcking 22, 8200 Gleisdorf Forumtheater und Demokratie in Indien

Buchpräsentation & Filmvorführung mit Birgit Fritz
Indische Theaterarbeit zwischen Marx und Vivekananda: Die Herausgeberin und Übersetzerin von Sanjoy Ganguly Forumtheater und Demokratie in Indien (Mandelbaum Verlag), Birgit Fritz, stellt das Buch nun in Flöcking vor. Davor zeigen wir den Film Jana Sanskriti – A theatre on the field von Jeanne Dosse.

Do. 27.9., 19:00 Uhr

Integration? Nein Danke!



Hinter dem Begriff Integration verbirgt sich meist eine Politik der forcierten Ausgrenzung.
Podiumsdiskussion mit Manuela Bojadzjev (Politologin, Berlin), Uli Taberhofer (KPÖ-GRin, Graz), Ali Özbas (Verein Jukus, Graz) und Robert Reithofer (ISOP, Graz).

GLB-Gewerkschaftlicher LinksBlock

Film: „We want Sex“

von Nigel Cole

Mi., 12. Sept., 19 Uhr Lager-
gasse 98a, Karl Drews Klub

Film über den Kampf der Arbeiterinnen des Dagenhamer Autowerks unter Führung von Rita O'Grady (Sally Hawkins) um gleiche Löhne wie die männlichen Kollegen.



Sa. 13.10. Landeskonferenz
des GLB Steiermark im
Volkshaus Graz

Interessierte Kolleginnen und
Kollegen sind herzlich eingeladen!

Ernst Fischer

Der Verein CLIO lädt zu zwei weiteren
Veranstaltungen über Ernst Fischer ein:

Donnerstag 11. Oktober, 19 Uhr,
Stadtmuseum

Jürgen Egyptien (Aachen):
Ernst Fischers Grazer Jahre.

Dienstag, 6. November, 19 Uhr,
Literaturhaus

Konstantin Kaiser (Wien): Fischers
Schrift „Krise der Jugend“ und das
Werk Jura Soyfers (100. Geburtstag
am 8. Dezember).

<http://www.clio-graz.net>

in, VOLKSHAUS Graz. Lagergasse 98a

Mi. 10.10, 19h

Geschichte der Bauern und Bäuerinnen in Österreich Im Kampf um ihre Rechte

Buchpräsentation

Die Autoren Josef Krammer und Franz Rohrmoser stellen das eben im Promedia-Verlag erschienene Buch vor.

Mi. 17.10, 19h

Vom Müll zum ästhetischen Objekt

Eröffnung der Foto-Ausstellung von Rainer Possert

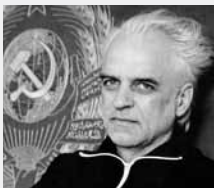
In den Arbeiten des praktischen Arztes und Mitbegründer des Sozialmedizinischen Zentrums Liebenau werden Abfall, Müll, Schrott fotografisch aus dem Kontext gerissen.



Fr. 19.10, 19:00 Uhr

K. Palm liest Karl Wiesinger

Die Werke des oberösterreichischen Schriftstellers Karl Wiesinger (1923-1991) wurden zu seinen Lebzeiten von österreichischen Verlagen nicht veröffentlicht. Der Promedia-Verlag hat die Romane „Standrecht“, „Achtunddreißig“ und „Der rosarote Straßenterror“ anlässlich des 20. Todestags von Karl Wiesinger neu aufgelegt. Der Autor und Filmemacher **Kurt Palm** wird daraus lesen.



Di. 23.10, 19h

prol.kino zeigt: Giú le mani! – Hände weg!

(CH: 2008; 87 min; Regie: Danilo Catti)
Im März und April des Jahres 2008 streikten die Arbeiter/innen der SBB Cargo in den Eisenbahnreparaturstätten Bellinzona. Der Film zeigt den vierwöchigen Streik und dokumentiert Selbstorganisation und Diskussionen der Streikenden.



Kunsterziehung ausbauen!

Bis heute gibt es im Süden Österreichs keine voll anerkannte Ausbildungsstätte in den AHS-Lehramtsstudien Bildnerische Erziehung und Werkerziehung. Im April 2009 stimmte der Gemeinderat einem von Andreas Fabisch eingebrachten Dringlichen Antrag zu, in welchem vom Bund die Einrichtung dieser Lehramtsstudien in Graz eingefordert wurde. Bis heute wurde davon noch immer nichts verwirklicht.



Derzeit werden die Gegenstände Bildnerische Erziehung und Werkerziehung an höheren Schulen meist von Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet, die zwar eine hervorragende Aus-

bildung z.B. an der Pädagogischen Hochschule, an der Musikuniversität (Bühnenbild) oder an der Karl-Franzens-Universität (Kunstgeschichte) erhalten haben, aber im strengen Sinn als nicht „voll geprüft“ gelten, obwohl sie die gleiche hervorragende Arbeit wie alle anderen Kollegen an der Schule leisten. Dies spiegelt sich auch in einer geringeren Bezahlung wider.

Studierende, die die erforderlichen Qualifikationen erwerben wollen, müssen ein Fernstudium in Linz aufnehmen oder gar nach Wien pendeln. „Dieser Missstand gehört endlich abgeschafft!“, fordert der KPÖ-Gemeinderat.

BIBLIOTHEK des KPÖ Bildungsvereins

im Volkshaus Graz
Die Bibliothek ist nach Vereinbarung für alle zugänglich

Tel. 0316 712 959 oder 0316 712 960.

7.000 Bücher, Zeitschriften und audio-visuelle Medien. Schwerpunkte sind Arbeiterbewegung, marxistische Klassiker sowie antifaschistischer Widerstand. Bücher können für 14 Tage ausgeliehen werden.

Kontakt: annette.kravanja@kpoe-steiermark.at
<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>



14. November

Wolfgang Schorlau: Die letzte Flucht

Der deutsche Krimiautor W. Schorlau liest aus Denglers sechstem Fall

Sa. 17. November: 19:30 Uhr

Morosoff Kosaken Volkslieder und Tänze der Kosaken

Volkslieder und Tänze der Kosaken. Mit Igor Morosoff, Thomas Stiegler, Dmitry Savitsky, Khasan Bozorov, Daniela Mara, Heidrun Savic, Sanja Tosovic und Natalia Morozova.

Eine Veranstaltung von Igor Morosoff, mit Unterstützung des KPÖ-Bildungsvereins.



Erfolg für Stück von Fiston Mwanza bei La Strada

Am Rande der Salzburger Festspiele verhandelte Innenministerin Mikl-Leitner mit ihrer italienischen Amtskollegin, ob man Flüchtlinge aus Afrika weiter im Mittelmeer ertrinken lässt.

Beim Festival La Strada in Graz starb Mercy Dorcas Otieno als namenlose afrikanische Migrantin den einsamen Bühnentod im Schnee in Deutschland. Sie hatte mit Hilfe von Schleppern den Weg in ihr gelobtes Land geschafft, dort aber nur geschlossene Türen, Ablehnung, Hunger, Not und Verzweiflung vorgefunden. Treffender könnte die Aktualität des Stückes des Kongolesen Fiston Mwanza nicht unter Beweis gestellt werden. Der Erfolg dieser Produktion ist nicht nur ihrer Aktualität zu verdanken, sondern der schauspielerischen Leistung des Ensembles, allen voran Mercy Dorcas Otieno, einer gebürtigen Kenianerin, dem stimmigen Bühnenbild, den Afrika-Videos von Hans Kraxner und der Musik von Josef Klammer.

Ernst M. Binder und dramagraz haben ihre Qualität als Literaturtheater bewiesen. JosefVuk



Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316 / 71 62 91. E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Hunger durch Biosprit

Lester Brown, der Präsident des Earth Policy Institute in Washington, liefert ein anschauliches Beispiel dafür, wie viel Getreide man für einen vollen 80-Liter Ethanol-Autotank braucht: „Mit der Menge könnte man einen Menschen ein Jahr lang ernähren.“

Es ist daher sehr zu begrüßen, dass die verpflichtende Beimischung von zehn Prozent Bioethanol zum Superbenzin in Österreich vom 1. Oktober 2012 auf frühestens Herbst 2014 verschoben wurde.

Agrana verarbeitet in Österreich 600.000 Tonnen Getreide in Bioethanol. Hände weg vom Bioethanol, denn zuerst sollten die Teller gefüllt werden und dann die Tanks!

Ing. Harald Schober

Altstadt

Die alten Gebäude die Sie auf ihren Fotos darstellen (Girardihaus) sind absolute Schandflecken in Graz und gehören niedergedrissen, sie sind unwürdig für die Stadt. Nur weil etwas alt ist muss es nicht erhalten werden.

Natürlich gebe ich Ihnen Recht, nicht alle Baulücken den Spekulanten zu überlassen, hier muss die Stadtregierung regulierend eingreifen, damit Miet- und Kaufpreise der Wohnungen und Büroflächen dem Niveau der in der Stadt lebenden Menschen angepasst sind.

Stefan Grigorow

Stiegenhauslicht

Ein Vorschlag zum Überlegen: Es ist mittlerweile Stand der Technik, in mehrgeschoßigen Wohnhäusern die Stiegenhausbeleuchtung in jedem Geschöß mit automatischen Bewegungssensoren auszustatten, um nur dort Licht einzuschalten, wo es tatsächlich gebraucht wird, wodurch sich der Stromverbrauch wesentlich reduziert. Von den unter der Bezeichnung Energiesparlampen angebotenen Gasentladungslampen ist abzuraten. Sie sind als

Stiegenhauslicht ungeeignet, weil das oftmalige Ein- und Ausschalten deren Lebensdauer stark verringert, was die Kosten deutlich erhöht, und weil die Leuchtkraft dieser Lampen erst nach einer längeren Einschaltzeit voll zur Wirkung kommt, was im Stiegenhaus nie zutrifft. Diese Lampen enthalten auch giftige Bestandteile.

Wenn tatsächlich langlebige Lampen mit niedrigem Verbrauch verwendet werden sollen, dann bietet sich als Alternative die „Low-Energie-Diode“ = LED-Lampe an, die extrem sparsam ist und die es schon in größerer Auswahl für alle Lampenfassungen gibt.

DI Alfred Krejza

Strafe trotz Fahrkarte

Ich musste am eigenen Leib erfahren, was es heißt, Strafe zu zahlen, obwohl ich eine entwertete Fahrkarte hatte. Es ist ja nichts Neues, dass die Busse viel zu überfüllt sind. Als ich unlängst bei großem Gedränge meine Fahrkarte abstempeln wollte, zuckte die Dame neben mir plötzlich den Kontrollerausweis. Die Aussage: „Super, jetzt wo ich zum Kontrollieren anfangen will, stempeln Sie!“ Ja wann hätte ich es denn vorher machen sollen? Vier Kontrolleure waren in einem ohnehin schon überfüllten Bus. Ich finde es eine Frechheit, wie ich bis zum Bankomat eskortiert wurde, um 65 Euro Strafe zu bezahlen, obwohl ich meine Fahrkarte unangefordert und vor der Kontrolle abgestempelt hatte. Eine Frechheit sind diese Kontrolleure!

Ich kann mir nicht vorstellen, dass das rechtens ist, dass man trotzdem zur Kasse gebeten wird, obwohl man einen Fahrschein besitzt. Adresse erliegt

Handymasten strahlen nicht!

Handymasten sind so groß, damit durch ihre Antennengröße die schwachen Signale der Handys sehr

gut empfangen werden können, um dann das Signal per Festnetzleitung weiterleiten zu können: je größer die Antenne, desto mehr ist sie in der Lage, schwache Signale auch noch gut zu empfangen. Daher »strahlen« Handymasten nicht wirklich viel elektromagnetische Wellen ab. Die Geräte, die wirklich strahlen, sind die Handys, die jeder von uns bei sich trägt: je weiter das Handy von einem Antennenmasten entfernt ist, desto mehr muss sich das Handy anstrengen – also »strahlen« – um das Verbindungssignal zum Masten aufrecht zu erhalten. Während eines Gespräches oder der Übertragung von Daten über das Internet (Smartphones) tritt diese Strahlungsbelastung in ihrem Maximum auf.

Dazwischen muss nur ab und zu der Anmeldezustand zum aktuellen Masten aufrecht erhalten werden. Im Sinne der Reduktion von elektromagnetischen Strahlen gilt: je mehr Handymasten, desto besser! Dadurch müssen unsere Handys weit weniger stark strahlen, um zum nächsten Masten zu gelangen.

Bitte verstärken sie nicht die Ängste der Bevölkerung!

Karl Voit, Graz

GRAZER Stadtblatt

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Graz Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 71 24 79; Fax 71 35 61 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



KLEINANZEIGEN

zu verkaufen:

Verkaufe Trachtengewand in Größe 38. Fast neuwertig, nur einmal getragen. Fotos können gerne gemailt werden. abcd311080@yahoo.de

Grundig Fernseher S 70-Text zu verschenken, schaltet sich gelegentlich ab, Tel. 0681/2090 1983

Einbauküche billig abzugeben (Andritz), ab 9.9.2012. Tel. 0699/17712776.

Arbeit gesucht

Suche Arbeit als **Raumpflegerin** in Arztpraxis oder Büro, nachmittags, Tel.0664/4395149.

Pädagoge 40+ sucht längerfristige Beschäftigung (Vollzeit) mit Weiterbildungsmöglichkeiten. Ich habe Berufserfahrung im pädagogischen Bereich als Erzieher und Elternberatung, Logistik (Lagerarbeiten). Ich bin kontaktfreudig und organisiere gerne. Vorstellbar ist für mich eine Arbeitsstelle im Kundenservice wo ich Menschen mit ihren Anliegen, Wünsche und Beschwerden beratend helfen kann. Tel. 0664/54 15 659 (tagsüber).

Wir veröffentlichen kostenlos Ihre Kleinanzeige:

Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 0316 / 71 62 91 stadtblatt@kpoe-graz.at

Handwerker, gelernter Ingenieur für Schiffbau, sehr geschickt, übernimmt diverse Arbeiten in Haus und Garten etc.
T: 0699 / 100 57 311



RED:OUT, die Lesbian-Gay-Bi-Transgender-Intersexual-Partei-gruppe der KPÖ, trifft sich jeden ersten Montag im Monat um 18 Uhr in der Traminer Weinstube zu einem offenen Stammtisch. Jede/r ist willkommen!



BRUNCH am Grünanger

SMZ Liebenau, Tel. 42 81 61

Wir treffen uns auf ein spätes Frühstück und einen netten gemeinsamen Vormittag... jeden ersten Donnerstag im Monat

Großes Frühstücksbuffet

(Kostenbeitrag 3,00 Euro)

Nächster Termin: Do. 5. Juli

10:00 – 11:30 Uhr

Andersengasse 32, 8041 Graz, (WIKI Jugendzentrum), Buslinie 34 E, gegenüber Haltestelle Theyergasse

Schach-Training

Der SC Extraherb WS bietet offene Vereinsabende für Schachinteressierte: jeden Donnerstag ab 19 Uhr, Körösistubn.

Anfänger und Quereinsteiger: Nach Bedarf, Anmeldung unter 0699 100 435 28.

Vereinsmitgliedschaft gratis.



Schachseminar in Laško (SLO) vom

21. bis 23. Sept. (Fr-So)

mit WIM Karmen Mar

Seminar im Wellnesspark Laško an der Savinja

Anmeldungen und Infos bei: Herbert Wippel
Tel. 0699 100 435 28

Tiere suchen ein Zuhause



Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstraße 113, Graz, Tel. 0316 / 68 42 12. <http://www.landestierschutzverein.at>

TIERECKE



Tina ist eine entzückende Mischlingshündin, steril., familientauglich, völlig unkompliziert, liebt Kinder, ein Hund auch für Anfänger!



Geronimo ist das Junge einer Streunerkatze, männlich, ca. 3 Monate alt, braucht noch etwas Zuneigung und Liebe.



Helen und Holly sind ebenfalls die Katzenkinder einer Streunerkatze, sie brauchen natürlich noch etwas Zuwendung, aber das ist bei so jungen Katzen normalerweise kein Problem.



Nick und Ray sind zwei Kaninchen, die aus einem ungewollten Wurf stammen. Kanincherammler, ca. 4 Monate alt.



Krümmel ist ein Hamster, weiblich, die Mutter wurde trächtig gekauft. Leider wollte man den kleinen Wicht nicht behalten.



Niki ist eine wunderschöne Rottweilerhündin, extrem guter Wachhund. Nicht zu Kindern! Ein erfahrener Hundeführer wäre von Vorteil.

Auto Teilen carsharing24/7

Die Plattform für Carsharing unter Privatpersonen.

<http://carsharing247.com>

carsharing24/7 ist eine Plattform, die im Unterschied zu gewerblichen Autovermietungen auf echtes Teilen von privaten Fahrzeugen und deren Kosten setzt.

Das Konzept ist simpel. Auf carsharing247.com können Autobesitzer, die ihr Fahrzeug nicht ständig nutzen, zur Vermietung anbieten. Sie bestimmen dabei Zeitpunkt, Dauer und den Preis selbst. „Autolose“ finden mit carsharing24/7 schnell und unkompliziert ein Fahrzeug in ihrer Nähe zu einem Preis, der weit unter dem Niveau von gewerblichen Autovermietungen liegt. Dabei wird auf einen bereits bestehenden Fuhrpark aus unterschiedlichsten Autotypen zurückgegriffen, es müssen also keine neuen Fahrzeuge angeschafft werden. Die vorhandene Ressourcen werden besser ausgenutzt.

- carsharing24/7 startete am 23.02.2012 als erster privater Carsharing-Anbieter in Österreich
 - Anmeldung und Nutzung aller Services sind kostenlos
 - 6 Mitarbeiter • Standorte in Wien und Graz
 - Aktuell gibt es in Österreich 12.000 Carsharer
 - Die Plattform ist zu 100% eigenfinanziert
- E-Mail: Ruth Juric: office@carsharing247.com

Mein Ratgeber im täglichen Leben

Ausgabe 2012



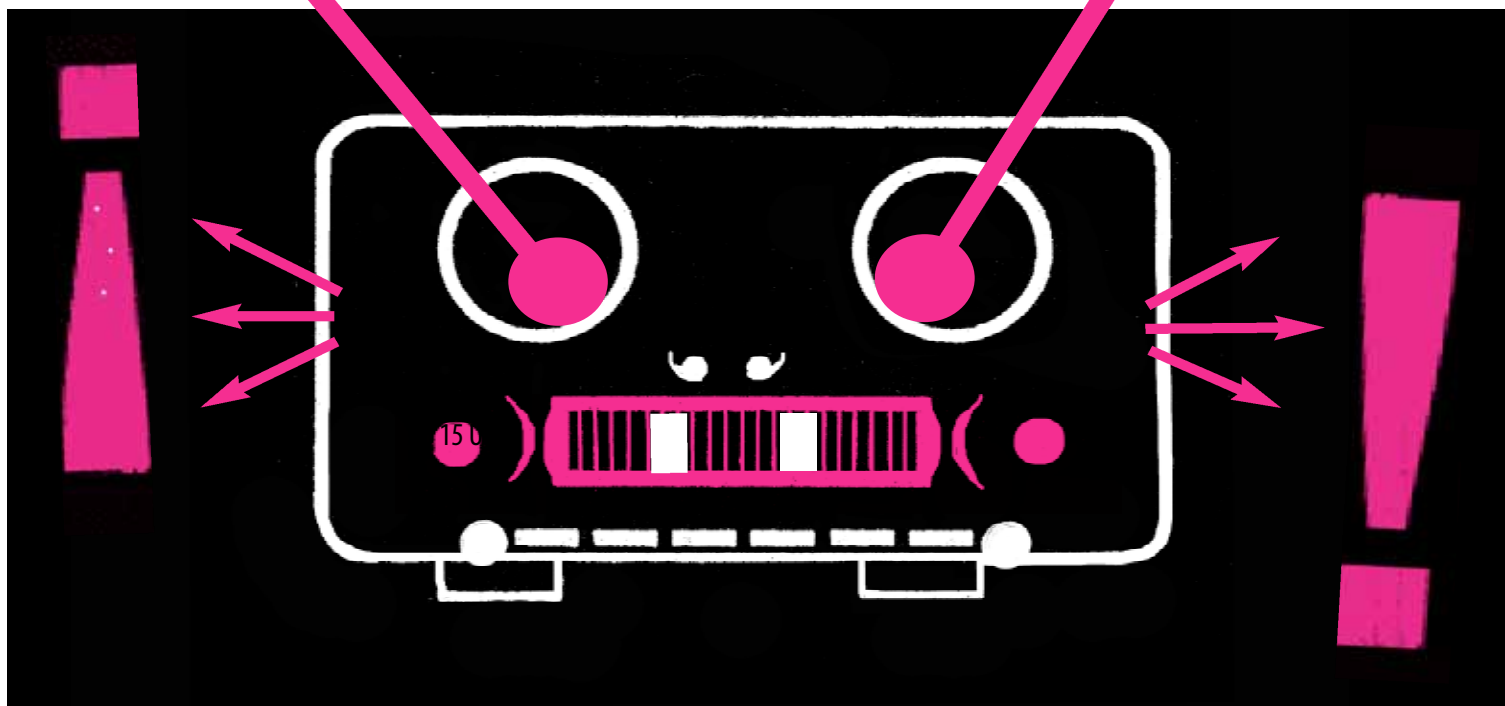
Rat und Hilfe
0316 71 71 08
Sozialberatung der KPÖ Graz

Sozialratgeber der **KPÖ**
www.kpoe-graz.at

Der Sozialratgeber der KPÖ informiert über alle Möglichkeiten und Einrichtungen in Graz, die soziale Leistungen anbieten. Er kann bei der KPÖ-Graz, Lagergasse 98a Tel. (0316) 71 24 79 oder im Stadtratsbüro von Elke Kahr unter der Telefonnummer (0316) 872 2060 bestellt werden.

Protest
gegen
TEUERUNG

volks²⁰¹²hausfest



Ab 22 Uhr

**Die Jazzbanditen • Brummi & Brummi
Düzgün Celebi & Patrick Wurzwallner
The Uptown Monotones
dramagraz • DruckZeug**

Samstag

8. 9.

**The Runes • Rosetti Sisters
Melodien für Millionen**

**ab 15 Uhr
bei jeder Witterung**

Kinderprogramm für Jung & Alt • Tombola mit Elke & Claudia • **Eintritt frei!**



Elke Kahr. KPO
www.kpoe-graz.at